



Fachbereich Kommunikation und Medien  
Bereich Journalistik/Medienmanagement

## **Bachelorarbeit**

### **Griechenlands Krise in den Medien**

Analyse und Vergleich der Berichterstattung der Zeitungen taz, die tageszeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung über die Anfangsphase der griechischen Staatsschuldenkrise

vorgelegt von: Hans Geske  
Matrikel-Nr. 20112934

vorgelegt am:

Erstprüfer: Prof. Dr. Jan Pinseler

Zweitprüfer: Prof. Dr. Renatus Schenkel

## Inhalt

1	Einleitung	4
2	Verhältnis von Deutschland und Griechenland	
2.1	Bewegung der Philhellenen	6
2.2	Deutsche Besatzung	8
2.3	Verhältnis vor der und Veränderung durch die Staatsschuldenkrise	9
3	Die griechische Staatsschuldenkrise	
3.1	Ursachen	11
3.2	Verlauf und Gegenmaßnahmen	17
3.3	Aktuelle Entwicklungen	29
4	Zu untersuchende Medien	
4.1	taz.die tageszeitung	30
4.2	Frankfurter Allgemeine Zeitung	31
5	Grundlagen für Analyse und Vergleich	
5.1	Forschungsgegenstand und Forschungsfragen	33
5.2	Forschungsstand	33
5.3	Methode	
5.3.1	Analysemethode	35
5.3.2	Vergleichsmethode	36
5.3.3	Auswahl der zu untersuchenden Artikel	36
6	Analyse und Vergleich	
6.1	Analyse der Artikel der taz	
6.1.1	Griechenland als Opfer	38
6.1.2	Das Krisenmanagement der EU und des IWF löst die Wirtschafts- und Finanzprobleme Griechenlands nicht	44
6.1.3	Die Krise in Griechenland kann Deutschland viel Geld kosten, aber auch hohe Einnahmen einbringen	46
6.2	Analyse der Artikel der FAZ	
6.2.1	Griechenland stellt durch die Krise eine Bedrohung für Deutschland und Europa dar	49

6.2.2	Griechenland und die griechische Regierung tragen die Hauptschuld an der Krise	53
6.2.3	Das Krisenmanagement von EU und IWF ist umstritten und verspricht nicht die Lösung der Krise	57
6.3	Vergleich	62
6.4	Fazit und Bezug zu den Forschungsfragen	65
7	Gültigkeit, Aussagekraft und Ausblick	67
8	Abkürzungen	69
9	Literatur	70
10	Quellen	73
	Anhang-Verzeichnis (Anhang: siehe beigelegte CD)	75
	Selbstständigkeitserklärung	76

## 1. Einleitung

Das Verhältnis von Griechenland und Deutschland hat in den letzten Jahren allem Anschein nach stark gelitten. Die Eurokrise und die damit verbundene griechische Staatsschuldenkrise bieten Stoff für zahlreiche Zerwürfnisse und gegenseitige Anschuldigungen. Gerade in persönlichen Gesprächen können immer wieder Schuldzuweisungen vernommen werden. So heißt es von der einen Seite, Griechenland verbrauche durch die Hilfskredite im Rahmen des Euro-Rettungsschirms deutsche Steuergelder. Den Griechen wird Faulheit vorgeworfen. Massenhafte Steuerhinterziehung, Korruption und Vetternwirtschaft im Mittelmeerstaat werden jedem einzelnen seiner Bewohner angelastet, so dass Deutschland und die Deutschen keine Verantwortung trifft.

Auf der anderen Seite argumentiert man mit deutschen Schulden aus dem zweiten Weltkrieg, als sich Griechenland unter deutscher Besatzung befand. Man hebt hervor, die deutsche Wirtschaft habe von der Misswirtschaft in Griechenland profitiert, indem sie Waffen an Griechenland verkauft habe, die dieses sich wegen des angeschlagenen Haushalts eigentlich nicht hätte leisten können und leitet daraus eine Verpflichtung Deutschlands zur Hilfe ab.

Auf beiden Seiten wird hier sehr emotional argumentiert. Manche Dinge werden verallgemeinert, um den eigenen Standpunkt zu stärken, andere Argumente lässt man einfach nicht gelten. Was jedoch auf beiden Seiten herauszuhören ist, ist der Unmut über die Berichterstattung der Medien. Keine der beiden Seiten ist mit dem öffentlichen Umgang mit diesem Thema einverstanden, weder mit den Entscheidungen, die getroffen, noch mit der Art und Weise, wie sie bewertet werden. Ein emotionales Thema polarisiert nun einmal stark, und das führt in diesem Fall dazu, dass sich jeder unverstanden fühlt. Doch wie sind die deutschen Medien tatsächlich mit dem Thema „Krise in Griechenland“ umgegangen? Haben sie sich geschlossen dem „deutschen“ Standpunkt angeschlossen oder gab es auch eine reflektierende Auseinandersetzung mit den Sichtweisen beider Länder?

Diese Arbeit will darauf keine repräsentative Antwort geben. Sie will aber einen Einblick in die Frage ermöglichen. Zu diesem Zweck werden zwei überregionale deutsche Tageszeitungen einander gegenübergestellt. Auf der einen Seite die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die für gewöhnlich die Konservativen vertritt, auf der anderen die „taz. die tageszeitung“, die sich als Sprachrohr der seriösen Linken etabliert hat. Es soll überprüft werden, wie die beiden Zeitungen in ihrer Berichterstattung über Griechenland während der Staatsschuldenkrise das Land und dessen Bewohner bewerten, um letztendlich einen

Vergleich anstellen zu können. Zwei Zeitungen aus verschiedenen Milieus, beide mit dem Anspruch, Qualitätsjournalismus zu liefern. Wie bewerten sie die Lage Griechenlands? Und wie ausgewogen berichten sie darüber?

## 2. Verhältnis von Deutschland und Griechenland

### 2.1 Bewegung der Philhellenen

Der Begriff Philhellenismus, der übersetzt so viel heißt wie „Freundschaft zum Griechentum“, bezeichnet eine geistige Verbundenheit mit Griechenland und der griechischen Kultur, die sich bei Menschen aus den verschiedensten Epochen beobachten ließ. Bereits der römische Dichter Seneca bezeichnete sich als Philhellenen. Außerdem wird der Begriff jedoch auch gerne als Synonym für die Bewegung der Philhellenen benutzt, eine aus dem Neuhumanismus des 18. und 19. Jahrhunderts entstandene geistige Strömung, die in der Kultur des antiken Griechenlands den Ursprung der europäischen Kultur sah und versuchte, zu diesen kulturellen Wurzeln zurückzukehren, um neu darauf aufzubauen.

Als Begründer der Bewegung gilt Johann Joachim Winckelmann (1717-1768), der in seiner *Geschichte der Kunst des Altertums* (1764) die Europäische Kunst- und Kulturentwicklung auf das antike Griechenland zurückführte. Nach ihm eiferten viele Künstler den Meistern der griechischen Antike nach. So nutzte Friedrich Gottlieb Klopstock (1724-1803) in seinem Werk "Messias" (1772) durchgängig Hexameter. Berühmte Philhellenen aus Deutschland sind zum Beispiel die Dichter Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832) und Johann Christoph Friedrich von Schiller (1759-1805) (vgl. Konstantinou 2012).

Politische Bedeutung erhielt die Bewegung der Philhellenen schließlich, als die Griechen 1821-1827 einen Aufstand gegen die osmanische Besatzung anzettelten. Beflügelt von den Ideen der französischen Revolution und in ihrem nationalen Selbstbewusstsein bestärkt durch den aufkeimenden Philhellenismus in den anderen europäischen Ländern entschlossen sich die Griechen, die Revolte zu starten. Hilfe erhielten sie dabei aus ganz Europa. Viele Philhellenen fühlten sich den Griechen so verbunden, dass sie loszogen, um an ihrer Seite zu kämpfen. Verbreitet war auch die Vorstellung einer „Dankesschuld“ der europäischen Länder gegenüber den Griechen. Man ging davon aus, Griechenland etwas schuldig zu sein für die kulturellen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritte, die man ihm zu verdanken habe. Daraus folgerte man eine Verpflichtung zur Hilfe beim Befreiungskampf (vgl. ebd.).

Eine der wichtigsten Tätigkeiten der Philhellenen war die Gründung philhellenischer Vereine, die sich die Unterstützung Griechenlands auf die Fahnen geschrieben hatten und zu diesem Zweck zahllose Spendenaktionen durchführten. Der erste Philhellenische Verein wurde 1821 in Stuttgart gegründet. Noch im selben Jahr entstanden mehrere weitere Vereine in

Deutschland und der Schweiz, bevor sie sich von da aus in die anderen europäischen Länder ausbreiteten. Die philhellenischen Vereinigungen sammelten nicht nur Geld, sondern organisierten beispielsweise auch die Rekrutierung von Freiwilligen für Hilfstruppen, die den griechischen Freiheitskampf unterstützen wollten und kümmerten sich um Flüchtlinge aus dem besetzten und umkämpften Griechenland (vgl. ebd.).

Ein großer Philhellene war auch der Bayrische König Ludwig I (1786-1868). Zunächst tat er sich vor allem als Spender größerer Summen für den griechischen Freiheitskampf hervor, wobei er sich nicht vom weniger griechenlandbegeisterten Fürsten Metternich beeinflussen ließ, der fatale innenpolitische Folgen befürchtete. (vgl. Lazaridou 1992: 81) Um 1835 wurde schließlich Ludwigs Sohn Otto zum König von Griechenland gekrönt. Beide unternahm Versuche, das von der Besatzung des osmanischen Reichs befreite Griechenland zu einem Staat zu formen, der ihrem vom Philhellenismus beeinflussten Idealbild eines griechischen Staates entsprach. Ein großer Teil der Neugestaltung Athens geschah unter ihrem Einfluss. Außerdem wurden unter der Herrschaft Ludwigs auch in Bayern griechische Einflüsse spürbar. So entwarf Karl von Fischer (1782-1820) den Münchner Königsplatz nach dem Vorbild der Akropolis. Ihre Vision kam allerdings beim griechischen Volk nicht besonders gut an. 1843 musste Otto eine verfassunggebende Nationalversammlung einberufen und 1862 dankte er endgültig ab (vgl. Konstantinou 2012).

## 2.2 Deutsche Besatzung

Neben dem Philhellenismus, der den Beziehungen zwischen Deutschland und Griechenland natürlich zuträglich war, gibt es in der Geschichte der beiden Länder auch Passagen, die den bilateralen Beziehungen schaden. Besonders ist hier die Zeit der deutschen Besatzung Griechenlands im zweiten Weltkrieg hervorzuheben.

Der italienische Diktator Benito Mussolini hatte laut seinem Außenminister Ciano bereits vor Kriegsbeginn die Absicht, Griechenland anzugreifen. Als das griechische Regime unter General Metaxas das 1940 ausgesprochene Ultimatum Italiens zurückwies, begann die italienische Invasion, die allerdings von griechischen Truppen zurückgeworfen wurde. Im April 1941 schickte Hitler also die Wehrmacht nach Griechenland, um den Truppen des verbündeten Italien zu helfen. Dadurch fielen weite Teile Griechenlands in deutsche Hand (vgl. Fleischer 2010: 217).

Obwohl Hitler zunächst verlauten ließ, „dem besiegten, unglücklichen griechischen Volk gegenüber [...] aufrichtiges Mitleid“ (Fleischer 1999: 151)“ (Apostolopoulos 2004: 18) zu empfinden, wurde die Zeit der deutschen Besatzung für die Griechen zu einem dunklen Kapitel ihrer Geschichte. Deutschland sah sich durch die mangelnde Anbindung griechischer Infrastruktur an europäische Routen nicht in der Lage, das Land ausreichend zu versorgen. Zusammen mit dem deutschen Raubbau an griechischen Ressourcen verursachte dies eine Hungersnot im Winter 1941-42.

Dazu kam noch, dass die Besatzungsmacht über die Zeit ihrer Anwesenheit eine Vielzahl schwerer Verbrechen an der Zivilbevölkerung verübte. Massaker und andere sogenannte Strafaktionen trafen über hundert griechische Orte und forderten insgesamt mehr als 80.000 Menschenleben (vgl. ebd.: 18-19).



### 2.3 Verhältnis vor der und Veränderung durch die Staatsschuldenkrise

Nach dem Krieg waren gerade die Griechen verständlicherweise nicht besonders gut auf Deutschland zu sprechen. Es herrschten starke Ressentiments gegen alles, was mit Deutschland in Verbindung stand. Selbst die Tatsache, dass sich die beiden zerstörten Länder im Rahmen des Wiederaufbaus mit ganz ähnlichen Problemen und Aufgaben konfrontiert sahen, konnte den Beziehungen nicht wesentlich aufhelfen.

Positiv wirkte sich ausgerechnet der Bürgerkrieg in Griechenland von 1946-1949 auf das Deutschland-Bild in der griechischen Öffentlichkeit aus. Es mag zynisch klingen, aber die frischeren Eindrücke aus dem Bürgerkrieg ließen die Erinnerungen an die Grausamkeiten der deutschen Besatzer in den Hintergrund treten (vgl. Apostolopoulos 2004: 26-27). Erste diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Griechenland wurden 1950 mit der Einrichtung von Generalkonsulaten im jeweils anderen Staat geknüpft.

Angesichts der in den westlichen Staaten empfundenen Bedrohung durch den Kommunismus aus dem Osten war beiden Ländern daran gelegen, die Beziehungen schnell wieder aufzubauen und auf eine enge Zusammenarbeit hinzuwirken.

In den folgenden Jahrzehnten wurde viel getan, um die Beziehungen der beiden Länder zu verbessern und die Besatzungszeit vergessen zu machen. Griechenland befürwortete sogar die Eingliederung Deutschlands in westliche Bündnisse und Wirtschaftsräume. Man ging davon aus, dass die Gefahr durch den russischen Kommunismus größer sei als die, dass der Nationalsozialismus in Deutschland wiedererstarken könnte (vgl. ebd.: 29).

Bis vor wenigen Jahren blieb es dann tatsächlich bei relativ guten Beziehungen. Wirtschaftlich und politisch sowieso, aber auch in den Köpfen der Menschen schienen sich die beiden Länder nicht mehr feindlich gegenüberzustehen. Erst im Zuge der Staatsschulden- bzw. der Euro-Krise bekam dieses Bild des Einverständnisses wieder erste Kratzer. Gerade in deutschen Medien wurde das Bild verbreitet, die Griechen seien an ihrer Misere selbst schuld. Dem gesamten griechischen Volk wurden Attribute wie „faul“, „korrupt“ und „undankbar“ zugeschrieben. Gleichzeitig wurde der deutsche Steuerzahler als der dargestellt, der nun den Preis für die griechischen Verfehlungen tragen müsse (vgl. Rondholz 2012: 49).

Diese Behauptungen gründen sich nicht auf Fakten. Statistische Aufzeichnungen der OECD belegen, dass zum Beispiel die Zahl der Arbeitsstunden, die der durchschnittliche Grieche im Jahr geleistet hat, bereits vor der Krise deutlich höher lag als die Zahl der jährlichen Arbeitsstunden des durchschnittlichen deutschen Berufstätigen und dass dieses Verhältnis sich

über den gesamten Zeitraum der Krise nicht geändert hat (vgl. OECD 2015). Nichtsdestotrotz bekamen die Deutschen das Gefühl vermittelt, von den Griechen ausgenutzt und hintergangen zu werden.

Auf der anderen Seite beschwert man sich in Griechenland vermehrt über mangelnde deutsche Hilfe. Auch hier sieht man sich als Opfer, als Opfer derer, die schon einmal über das Land hergefallen sind. In diesem Zusammenhang tauchen auch wieder Vorwürfe auf, die sich auf die Verbrechen der Besatzungszeit und die dürftige Wiedergutmachung beziehen. Der harte Sparkurs, den die Kreditgeber Griechenlands dem Land aufgezwungen haben, und den die deutsche Regierung unterstützt, wird kritisiert und zum Anlass genommen, Milliardensummen als Wiedergutmachung zu fordern, auf die man nach dem Krieg im Zeichen der Verbesserung der bilateralen Beziehungen vorerst verzichtet hatte. Auch ein durch die deutschen Besatzer erzwungener und nie zurückgezahlter Kredit kommt wieder zur Sprache (vgl. Rondholz 2012: 53-54).

Während also in Deutschland nach der Schuld für die Krise gesucht wird, fragen die Griechen nach den Schulden Deutschlands. In beiden Ländern herrscht das Gefühl, um etwas betrogen worden zu sein oder noch betrogen zu werden.

Seit die Berichterstattung über die Eurokrise stark zurückgegangen ist, lassen sich nun hierzulande auch wieder versöhnlichere Stimmen hören. So zitiert Rondholz etwa Kurt Biedenkopf mit den Worten: „Wir retten Griechenland nicht. Wir helfen den Griechen, ihr Land zu retten, nachdem wir es vor 70 Jahren überfallen haben und heute als Europäer mit ihnen solidarisch fühlen – übrigens auch zu unserem eigenen Nutzen“ (Biedenkopf, Kurt nach: Rondholz 2012: 54).

### **3. Die griechische Staatsschuldenkrise**

#### **3.1 Ursachen**

Die Ursachen der Staatsschuldenkrise in Griechenland sind vielfältig. Dabei gibt es einige, die auch auf die anderen europäischen Staaten zutreffen und andere, die ausschließlich in Griechenland oder aber in besonderem Maße in Griechenland gelten.

#### **Künstliches Wirtschaftswachstum**

Allgemein hatte sich in Europa ein System staatlicher Wirtschaftsförderung herausgebildet, das immer höhere Verschuldung der Staaten begünstigte, ja forderte. Grundsätzlich lösen sich in der Marktwirtschaft Phasen wirtschaftlichen Wachstums mit solchen ab, in denen die Wirtschaft eines Landes stagniert oder schrumpft. Die europäischen Länder haben versucht, ihre wirtschaftlich schwächeren Phasen zu umgehen oder abzumildern, indem sie in diesen Phasen selbst investierten oder die Unternehmen finanziell entlasteten, natürlich auf Kosten der Staatskasse. Laut Illing ist diese Überbrückungsfinanzierung noch kein großes Problem. Problematisch wird es erst in dem Moment, in dem es die Staaten beim Eintritt in die konjunkturelle Hochphase nicht schaffen oder gar nicht erst probieren, ihre Mittel wieder aus der Wirtschaft abzuziehen und die boomende Wirtschaft für diesen Boom selbst zahlen zu lassen. Dadurch kommt es natürlich zu sehr starkem Wachstum, aber in der nächsten Rezession ist der Staat gezwungen, noch mehr zu investieren, um den Abschwung gering zu halten. Dafür müssen in aller Regel Schulden aufgenommen werden. Diese Schulden wiederum sind ja keine einmalige Sache, die erneute Schuldenaufnahme zur weiteren Finanzierung der bereits getätigten Investitionen bereits vorbestimmt. Der einzige Weg, die nun ständig steigenden Schulden zu bedienen, ist, das Wirtschaftswachstum möglichst hoch zu halten. Auf diese Weise bleibt die Schuldenlast in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verhältnismäßig gering. Die Staaten aber begeben sich in eine Tretmühle aus Schuldenaufnahme und künstlichem Wirtschaftswachstum, denn sobald der durch ständige staatliche Wachstumsförderung aufgeblähte Markt dieser Förderung verlustig ginge, drohte eine Schrumpfung der Wirtschaft (vgl. Illing 2013: 7 ff).

Das Problem stetig wachsender Schulden lässt sich in wirtschaftlich starken Ländern mit ausreichendem Wachstum auf unbestimmte Zeit vertagen. Auch Länder wie Deutschland und

Frankreich, die wirtschaftlich wesentlich besser dastehen als Griechenland, haben sich auf diese Art des Wirtschaftens eingelassen, sind aber noch nicht an ihre Wachstumsgrenzen gestoßen. In Griechenland wird das Problem mit den Schulden allerdings durch die enorm unterentwickelte Wirtschaft verschärft (vgl. Laaser 2012: 30). Hauptsächliche Produktionsgüter Griechenlands sind Agrarprodukte, außerdem macht der Tourismus einen großen Teil des Bruttoinlandsproduktes aus. Insgesamt wurden in Griechenland 2011 mehr als 20 Milliarden Euro mehr für Importe ausgegeben als durch Exporte verdient wurden. Hinzu kommt, dass der Staat in Griechenland seit langer Zeit schon nicht in der Lage oder nicht willens ist, bestehende Gesetze durchzusetzen. So entgehen dem griechischen Staat durch Steuerhinterziehung und Korruption jährlich Einnahmen im zweistelligen Milliardenbereich (vgl. Illing 2013: 31 f).

Aus diesen Gründen gingen die Rückzahlungen der Schulden, die Griechenland Jahr für Jahr aufgenommen hatte, bald über die Kräfte des Staats. Das stetige Wachstum, Grundlage für die Gewährleistung der Zinsrückzahlungen, konnte nicht garantiert werden und schließlich war Athen nicht mehr in der Lage, die Zinsen zu zahlen, von Schuldentilgung ganz zu schweigen.

### **Unterschiede in der Wirtschaftsleistung der EU-Staaten**

Ein weiterer Erklärungsansatz für das Entstehen der Euro- und damit der Staatsschuldenkrise verortet die Ursache derselben im wirtschaftlichen Ungleichgewicht zwischen Export- und Importstaaten der Währungsunion. Mit Einführung des Euro sanken die Zinsen für die Kreditaufnahme der wirtschaftlich schwächeren Länder. Importländer wie Griechenland bekamen billiges Geld, was dazu führte, dass die Löhne stiegen und mit ihnen die Nachfrage. Es wurde also mehr investiert, was zunächst hohe Wachstumsraten zur Folge hatte (vgl. ebd.: 14).

Das Gegenteil war in den Exportstaaten wie Deutschland der Fall. Hier bewirkte die geringe Inflation eine Steigerung der Zinsen, was sich in geringeren Investitionen niederschlug und somit die Wirtschaft schwächte. Bis dahin waren die Vorzeichen für Griechenland noch recht gut. Dann reagierte man jedoch in den Exportländern auf die eigene Durststrecke. Früher hätte man vielleicht die eigene Währung abgewertet, um die Preise zu senken und den Export anzukurbeln. Da das nicht mehr möglich war, musste man andere Mittel wählen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. In Deutschland wurden im Rahmen der Agendapolitik unter der Regierung Schröder Einschnitte bei sozialen Leistungen beschlossen. Das hatte

einerseits zur Folge, dass die Reallöhne durch die Notwendigkeit, wegfallende Sozialleistungen privat auszugleichen, sanken. Dadurch sank auch die Nachfrage im Inland und somit die Importe. Andererseits stiegen die Exporte, da die Nachfrage im Ausland durch die vergleichsweise günstigen Preise gestiegen war. Auf diese Weise konnte Deutschland einen Überschuss erwirtschaften (vgl. ebd.).

In Griechenland hingegen sanken die Exporte aufgrund höherer Preise im Vergleich zu Ländern wie Deutschland. Importieren musste man wie eh und je, aber mit der Zeit stieg die Differenz zum sinkenden Export. In der Zeit vor der Währungsunion hätte das Wechselkurssystem diesen Unterschied ausgeglichen (vgl. Laaser 2012: 26). Griechenlands Drachme wäre abgewertet worden, was den Export gestärkt, die Nachfrage im Inland und somit die Importe gesenkt hätte, die deutsche Mark hätte eine Aufwertung erfahren, so dass hier der Export zurückgegangen wäre und Importe aufgrund höherer Kaufkraft zugenommen hätten. Auf diese Weise hätte das System laut Illing auf lange Sicht zu einer Annäherung der Wirtschaftskraft von momentanen Export- und Importländern geführt. Durch die Einheitswährung sind solche Anpassungsmechanismen allerdings nicht mehr möglich. Staaten wie Griechenland sind auf hohe Kredite angewiesen, um sich die notwendigen Importe trotz schwächelnder Exporte noch leisten zu können. Zu Anfang der Krise waren die Finanzmärkte bereits auf diese Entwicklung aufmerksam geworden und sahen die Möglichkeiten der Kreditnehmer, dieselben zurückzuzahlen, schwinden. Dementsprechend erhöhten sich die Zinsen für diese Länder, da eine Zinsvergabe mit größeren Risiken behaftet war. Dies verschlimmert die Situation in den Importstaaten. Mit jeder Kreditaufnahme vergrößerten sich die Probleme, die Zinsen weiterhin bedienen zu können. Schließlich weigerten sich die Kreditgeber, manchen Staaten überhaupt noch Geld zu leihen, was für Länder wie Griechenland den endgültigen Absturz in die Krise bedeutete (vgl. Illing 2013: 14-15).

### **Abgabe der geldpolitischen Verfügungsgewalt**

Hier, bei den ausbleibenden Krediten, sieht Illing eine weitere mögliche Ursache der Staatsschuldenkrise in Griechenland. Er meint, die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands und das damit verbundene Ausbleiben der Kredite sei nicht unbedingt nur eine Folge geringer griechischer Staatseinnahmen, sondern weist darauf hin, dass Griechenland nur zahlungsunfähig geworden sei, weil es keine Kredite mehr bekam (vgl. ebd.: 19). Dieser Gedanke fußt auf dem Umstand, dass es nicht nur in Griechenland gängige Praxis ist, die

Zinsen alter Schulden durch die Aufnahme neuer Schulden zu begleichen. Dieses System funktioniert gut, solange es immer ein Kreditinstitut gibt, das dem Staat das Geld leiht, mit dem er die Schulden beim letzten Gläubiger begleichen kann. „Der Finanzmarkt selbst stellt dem Staat das Geld zur Verfügung, welches der Staat dem Finanzmarkt schuldet“ (ebd.: 18). Normalerweise hat ein Staat noch zwei weitere Möglichkeiten, die Zinsen für seine Schulden zu bezahlen. Der eine, von deutscher Seite propagierte Weg ist der oben genannte, durch eine Wirtschaft, deren Wachstum durch die geliehenen Mittel stimuliert wurde, einen Überschuss zu erwirtschaften, von dem sich die Zinsen bezahlen lassen. Der andere Weg wäre, selbst neues Geld zu drucken, was zwar durch den Wertverlust der Währung die Zinsen steigert, aber einen in die Lage versetzt, die schuldige Summe zu zahlen (vgl. ebd.).

Griechenland waren nun aber beide Wege versperrt. Das Thema der wirtschaftlichen Schwäche Griechenlands wurde in dieser Arbeit ja bereits erörtert. Die Finanzierung über wirtschaftliches Wachstum war dem Staat nicht möglich. Die Option, mehr Geld zu drucken war aber durch die Gemeinschaftswährung auch vom Tisch. So entstand mit der Einführung des Euro die bis dahin kaum in Betracht gezogene Situation, dass EU-Staaten tatsächlich von Insolvenz bedroht waren, da die letzte Ausweichmöglichkeit jedes Staates mit eigener Währung, nämlich einfach Geld nachzudrucken, den Euro-Staaten nunmehr verwehrt blieb. So blieb für Griechenland nur eine Möglichkeit, seine Schulden zu bedienen: die Aufnahme weiterer Schulden. Erst mit der Weigerung der Banken, dem griechischen Staat Geld zu leihen, war Griechenland tatsächlich *zahlungsunfähig*.

Den Grund für die Weigerung der Kreditinstitute, Staaten wie Griechenland weiter zu finanzieren und damit ihre Zinszahlungen zu decken, sieht Illing weniger in dem schwindenden Vertrauen der Banken in die verschuldeten Staaten. In diesem Falle wären seiner Meinung nach schon lange keine Kredite mehr gezahlt worden, da keiner der Schuldnerstaaten, nicht einmal Deutschland, in den vergangenen Jahrzehnten den Eindruck machte, die Schulden tatsächlich irgendwann zurückzahlen zu können. Vielmehr nimmt ein verschuldeter Staat seinen Kredit zur Tilgung eines anderen Kredits üblicherweise bei einem anderen Kreditinstitut auf als den ursprünglichen Kredit. Die Bank, die den ersten Kredit herausgegeben hat, bekommt also sozusagen von der anderen Bank, die den neuen Kredit herausgibt, ihr Geld zurück. Demzufolge spielt bei der fehlenden Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe vielmehr die Unsicherheit der Kreditinstitute eine Rolle, ob die anderen Banken im nächsten Jahr noch einen ausreichend großen Kredit geben können, damit sie ihr

Geld wiederkriegen. Es geht nicht um das Vertrauen in die Wirtschaftskraft des Staates, sondern um das Vertrauen der Banken ineinander (vgl. ebd.: 20 f).

### **Fehlende wirtschaftspolitische Koordination**

Ein weiterer Aspekt, der zu den Ursachen der Eurokrise und damit auch der griechischen Staatsschuldenkrise gerechnet werden kann, ist eine fehlende Vernetzung und Zusammenarbeit der EU-Länder in wirtschaftspolitischen Fragen. Das bereits angesprochene Fehlen der Möglichkeit für die Staaten, durch den Nachdruck von Geld finanzielle Probleme zu beseitigen, macht es für das Funktionieren der Währungsunion unerlässlich, das gesamte wirtschaftsbezogene Handeln der Regierungen aufeinander abzustimmen. Geschieht das nicht, dann befinden sich die verschiedenen wirtschaftspolitischen Strategien in einem innereuropäischen Konkurrenzkampf. Das wiederum führt dazu, dass sich die Wirtschaftskraft der Länder – je nachdem, welche Strategie besser funktioniert und wer die besseren Voraussetzungen hatte – immer weiter auseinander entwickelt, sich also wirtschaftlich starke Länder mit Exportüberschuss bilden und solche, die ein Handelsbilanzdefizit aufweisen und dadurch – wie Griechenland – nicht in der Lage sind, eine Wirtschaft aufzubauen, die mit den immer neu aufgenommenen Schulden Schritt halten könnte. Wenn allerdings zu der starken Verzahnung in der Geldpolitik auch eine Entsprechung in der Wirtschaftspolitik treten würde, könnte Europa sich darauf konzentrieren, wirtschaftlich schwächere Länder wettbewerbsfähiger zu machen und die Unterschiede so auszugleichen, wodurch eine Schuldenkrise wie die in Griechenland kaum denkbar gewesen wäre (vgl. ebd.: 27 f).

### **Globale Bankenkrise**

Nicht das alleinige Verschulden, aber doch eine Mitverantwortung für Euro- und Staatsschuldenkrise kann bei der Bankenkrise gesucht werden, die 2008 die Finanzwelt erschütterte. Das Platzen der Blase am amerikanischen Immobilienmarkt, die sich durch Spekulationen gebildet hatte, sorgte dafür, dass zahlreiche Banken umfangreiche Abschreibungen machen mussten, da gekaufte Immobilien auf einmal weit weniger wert waren, als angenommen. Dies traf auch europäische Banken, die in den USA investiert oder mit amerikanischen Banken kooperiert hatten. Viele Staaten sprangen ein und unterstützten die kriselnden Finanzinstitute mit hohen Beträgen, was allerdings bedeutete, dass sich die

Staaten tief verschulden mussten. Die höhere Verschuldung der Staaten führte nun aber wieder dazu, dass die Finanzmärkte Staatsanleihenkäufen eher misstrauisch gegenüberstanden und höhere Zinsen verlangten oder eben manchen Staaten gar nichts mehr leihen wollten (vgl. ebd.: 37 f).



### **3.2 Verlauf und Gegenmaßnahmen**

Die hohe Verschuldung Griechenlands und die damit einhergehenden Risiken waren den anderen Euro-Ländern schon seit langem bekannt. Schon beim Eintritt Griechenlands in die Eurozone 2001 waren die anderen Mitglieder der Währungsunion über die Tatsache, dass Griechenland die Aufnahmekriterien gar nicht erfüllte, im Bilde, nahmen es damit allerdings nicht so genau, da kaum eines der Mitglieder der Eurozone von sich selbst behaupten konnte, die Kriterien einzuhalten. In der Zeit von Griechenlands Euro-Mitgliedschaft waren die Staatsschulden jedoch kontinuierlich in die Höhe geklettert, so dass vermutet wird, dass auch ohne die Wirtschaftskrise von 2008/09 die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands irgendwann eingetreten wäre (vgl. Illing 2013: 47 f).

#### **Zahlungsunfähigkeit und erstes Hilfspaket**

Am 9. Dezember 2009 stufte nun die Ratingagentur Fitch Griechenlands Kreditwürdigkeit herab. Die Kosten neuer Schuldenaufnahme am Markt stiegen und Athen sprach das erste Mal von der Gefahr einer Insolvenz. Die Länder der Eurozone verlangten zunächst Reformen von Athen und äußerten sich ablehnend gegenüber der Möglichkeit finanzieller Hilfen, wobei sie darauf verwiesen, dass es der EU verboten sei, Mitgliedsländer finanziell zu unterstützen (vgl. ebd.: 50 f). Am 16. März 2010 boten die EU-Finanzminister Griechenland jedoch Finanzhilfen der einzelnen Mitgliedsstaaten an, was die Regierungschefs der Eurogruppe am 25. März bestätigten. Der griechische Regierungschef Papandreou wollte zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nichts davon wissen und forderte lediglich politische Unterstützung und das Vertrauen der Euro-Länder ein. Nur knapp einen Monat später, am 23. April, bat Griechenland schließlich in einer knappen Mitteilung um die angebotene Finanzhilfe (vgl. ebd.: 52 f). Neben Notkrediten gehörte dazu zum Beispiel auch, dass die Europäische Zentralbank (EZB) begann, griechische Staatsanleihen aufzukaufen. Damit sollten weite Teile der griechischen Schulden an die EZB überführt werden, die dann die Möglichkeit hätte, Griechenland durch Aussetzung der Schulden oder gar einen Schuldenschnitt finanziell zu entlasten. Eine solche Maßnahme war durch die EZB bis dahin immer abgelehnt worden (vgl. Kleinz 2013: 40). Das erste Hilfspaket, das die Rückzahlung griechischer Schulden in Höhe von 45 Mrd. Euro garantierte, wirkte jedoch nicht wie erwartet. Seine Ankündigung hatte die Zinsen für griechische Staatsanleihen noch sinken lassen und somit eine Finanzierung Griechenlands

über die Kapitalmärkte einfacher gemacht. Als Griechenland das Hilfspaket jedoch annahm, wurde gemutmaßt, dass ohne das Hilfspaket eine Finanzierung nicht mehr möglich gewesen wäre, dass also kaum noch jemand in griechische Staatsanleihen investierte und deren Wert darum fallen würde. Außerdem hatte die Ratingagentur Standard & Poor's die griechischen Anleihen am 27. April – vermutlich als Reaktion auf die Annahme der Finanzhilfe – noch einmal kräftig herabgestuft. Daher investierte daraufhin wirklich niemand mehr in griechische Staatsanleihen und die Risikoaufschläge und damit auch die Zinsen stiegen rasant (vgl. Illing 2013: 57 f).

Am 28. April 2010 wurde schließlich die Möglichkeit eines erweiterten Hilfspakets für Griechenland besprochen. Hierzu trafen sich die Chefs von IWF und EZB, Dominique Strauss-Kahn und Jean-Claude Trichet, mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble. Es war von einem Finanzierungsbedarf von 110 bis 135 Mrd. Euro bis 2013 die Rede. Am 30. April wurde schließlich das erweiterte Hilfspaket für Griechenland beschlossen und mit 110 Mrd. Euro beziffert. Allerdings wurde der Zeitraum, für den das Paket galt, auf die Zeit bis 2012 verkürzt. Die Euroländer machten eine rigorose Spar- und Reformpolitik zur Bedingung für die Auszahlung der Kredite. Die Aufsicht über die Erfüllung dieser Auflagen erhielt die Troika aus EZB, IWF und Europäischer Kommission. Das erweiterte Hilfspaket für Griechenland hatte nur geringe Auswirkungen auf die Zinsen, die auf griechische Staatsanleihen verlangt wurden. Daher kündigte die EZB am 3. Mai 2010 an, griechische Staatsanleihen ohne Ansehen des Bonitätsurteils der Ratingagenturen weiterhin akzeptieren zu wollen (vgl. ebd.: 59 f).

### **Der provisorische Stabilitätsmechanismus**

Auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder am 9.-10. Mai 2010 wurde ein provisorischer Stabilitätsmechanismus für Europa beschlossen, der insgesamt mit 750 Mrd. Euro ausgestattet wurde. 250 Mrd. davon stammten vom Internationalen Währungsfonds (IWF), 60 Mrd. kamen aus dem neugegründeten Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), der das Geld aus dem EU-Etat erhielt. Die restlichen 440 Milliarden musste die ebenfalls neue Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) aufbringen, die sich ihr Geld auf den Finanzmärkten lieh. Dabei traten die Euro-Staaten als Bürgen für die EFSF auf (vgl. ebd.: 63 f).

Ende Oktober gab es erste Verhandlungen über eine dauerhafte Lösung, die an die Stelle der

provisorischen EFSF treten sollte. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) sollte von Änderungen der EU-Verträge begleitet werden, die zum Beispiel dafür sorgen sollten, dass bei einer Staatspleite eines der Krisenstaaten – befürchtet wurde dies vor allem für Griechenland – nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Gläubigerbanken und Privatgläubiger zur Kasse gebeten würden. Diese auf deutschen Wunsch hinzugefügte Maßnahme bewirkte jedoch schon durch ihre Ankündigung eine Erhöhung der Zinsen für griechische Staatsanleihen und damit eine Verschärfung der Lage (vgl. Kleinz 2013: 59 f).

Anfang November 2010 fanden in Griechenland Kommunalwahlen statt. Obwohl die sozialistische Partei PASOK des Ministerpräsidenten Georgios Papandreou Verluste hinnehmen musste, gelang es ihr, in wichtigen Regionen an der Macht zu bleiben und sogar einige dazuzugewinnen, was als Votum für die Spar- und Reformpolitik gewertet wurde, die Papandreou seinem Volk den Forderungen der Troika folgend verordnet hatte (vgl. ebd.: 60).

### **Das zweite Hilfspaket**

Im Juli 2011 begann man in Europa um die Stabilität der Währungsunion als Ganze zu fürchten. Spekulationen gegen die Solvenz von EU-Staaten hatten eingesetzt und kündeten vom geringen Vertrauen der Akteure auf den Finanzmärkten in die Fähigkeit der Euro-Länder, die Krise in den Griff zu bekommen. Am 21. Juli trafen sich die Staats- und Regierungschefs der Eurozone zu einem Sondergipfel, um Strategien zur Überwindung der Krise zu besprechen. Bereits am Vortag hatten sich Deutschland und Frankreich auf eine gemeinsame Linie geeinigt (vgl. Illing 2013: 74 f). Ein zweites Hilfspaket für Griechenland wurde auf den Weg gebracht. Es sollte 109 Mrd. Euro umfassen, die etwa zur Hälfte (54 Mrd. Euro) direkt an Griechenland gehen sollten um mit dem Schuldendienst nicht in Verzug zu geraten und die Banken des Landes zu rekapitalisieren. Die restlichen 55 Mrd. Euro sollten dazu dienen, die Beteiligungen privater Gläubiger abzusichern. Außerdem wurde beschlossen, die Rückzahlung der Notfallkredite – der alten wie der neuen – um einige Jahre zu verschieben, um Griechenland und den anderen beiden Schuldnerländern die nötigen Reformen zu erleichtern. Auch die Zinsen der Kredite wurden gesenkt (vgl. Belke/Dreger 2011: 601 f).

Im Hilfspaket enthalten war auch das Versprechen der EFSF, griechische Staatsanleihen zum aktuellen Wert anzukaufen oder gegen neue Anleihen mit höherer Sicherheit umzutauschen. Durch den Übergang der stark risikobehafteten Anleihen in den Besitz der EFSF wurde der Druck privater Gläubiger auf Griechenland verringert. Außerdem sanken die Staatsschulden,

da der aktuelle Wert der griechischen Staatsanleihen weit unter dem Nennwert lag, der bisher bei der Errechnung der Schulden benutzt worden war. Die privaten Investoren verloren also Geld, das somit aus den griechischen Schulden verschwand. Da sie dieses Geld allerdings kaum von Griechenland zurückbekommen haben würden, gingen viele Besitzer griechischer Staatsanleihen auf den Deal ein (vgl. ebd.: 602 f).

Die Kompetenzen der EFSF wurden erweitert. In Zukunft sollte sie auch präventiv tätig sein dürfen, um Krisen wie in Griechenland zu verhindern. Des Weiteren wurde ihr der Kauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt erlaubt, was bedeutet, dass die EFSF nun die Option hatte, Krisenstaaten durch Kauf ihrer in Umlauf befindlichen Anleihen zu entlasten (ebd.: 603). Allerdings scheiterten die Euro-Staaten in ihrer Bemühung, durch das zweite Hilfspaket etwas Ruhe an den Märkten einkehren zu lassen, vollständig. Griechische Staatsanleihen blieben so unbeliebt wie nie zuvor (vgl. Illing 2013: 75).

Am 20. Oktober 2011 erschien der Bericht der Troika über die Staatsschuldenkrise in Griechenland. Bis 2020 war ein Bedarf von 252 Mrd. Euro für die Bedienung der Schulden ermittelt worden. Der Schuldenstand würde bis dahin laut der Troika-Analyse auf 180 % des BIP gestiegen sein. Aufgrund dieser Prognose erweiterten die Euro-Staaten auf dem EU-Gipfel vom 25.-27. Oktober den Umfang des zweiten Hilfspakets für Griechenland auf 130 Mrd. Euro. Außerdem wurde ein freiwilliger Schuldenschnitt vereinbart. Durch diesen sollten die Banken und anderen privaten Gläubiger Griechenlands auf 53,5 % der ihnen zustehenden Rückzahlungen verzichten. Um die Banken jedoch von dem Schuldenschnitt zu überzeugen, mussten 35,5 Mrd. Euro des Hilfspakets für die Refinanzierung der Banken eingeplant werden. Mit weiteren 35 Mrd. Euro musste die EZB gestützt werden, da sie eine große Menge griechischer Anleihen im Portfolio hatte und daher durch den Schuldenschnitt besonders viele Ausfälle zu beklagen hatte. Letztlich wurde das zweite Griechenland-Hilfspaket auf 179,6 Mrd. Euro aufgestockt. Davon gingen 35 Mrd. an die EZB, 144,6 Mrd. bekam Griechenland, wovon allerdings 24,4 Mrd. aus noch nicht ausgezahlten Mitteln des ersten Hilfspakets kamen. Die 35,5 Mrd. Euro für die Banken, die dem Schuldenschnitt zugestimmt hatten, wurden aus dem Teil Griechenlands bezahlt. 48 Mrd. dieses Geldes flossen zudem in die Rekapitalisierung griechischer Banken. Die übrigen 61,1 Mrd. Euro sollten schließlich der Haushaltssanierung Griechenlands dienen. Das zweite Hilfspaket wurde nicht über bilaterale Verträge der Euro-Länder mit Griechenland, sondern über die EFSF abgewickelt. Allerdings ließ die tatsächliche Umsetzung von Hilfspaket und Schuldenschnitt eine ganze Weile auf sich warten. Erstens gab es natürlich Gegenwehr von Seiten der Kreditinstitute, die einem

Schuldenschnitt nur sehr widerwillig zustimmten, zweitens waren die griechischen Sparmaßnahmen nicht in dem Maße wirkungsvoll, das die anderen Euro-Länder für angemessen hielten (vgl. ebd.: 75 f).

„[E]in Sparpaket über 3,3 Mrd. Euro scheiterte am Unwillen der Parlamentarier über eine Rentenkürzung in Höhe von 325. Mio. Euro. Anstatt 50 Mrd. Euro an Privatisierungserlösen zu realisieren, verkaufte die griechische Regierung nur Staatseigentum im Wert von fünf Mrd. Euro“ (ebd.: 76).

## **Das Referendum**

Am 31. Oktober 2011 kam es zu einer Ankündigung aus Athen, mit der keiner gerechnet hatte: Ministerpräsident Georgios Papandreou verkündete, ein Referendum über den von den Eurostaaten als Voraussetzung für die Aktivierung des zweiten Hilfspakets für Griechenland geforderten Spar- und Reformkurs abzuhalten. Das griechische Volk sollte also selbst entscheiden, ob ihre Regierung die Hilfen unter den gegebenen Bedingungen annehmen sollte oder nicht. Indirekt war damit die Entscheidung über den Verbleib in der Eurozone verknüpft, da dem Staatsbankrott ohne die neuerlichen Hilfskredite nichts mehr entgegenzusetzen war (vgl. Kleinz 2013: 98 f). Da dem griechischen Regierungschef neben Unverständnis und Anschuldigungen aus den anderen europäischen Staaten auch schon bald massive Kritik aus dem eigenen Land und schließlich aus der eigenen Partei entgegenschlug, musste er das Vorhaben rasch wieder begraben (vgl. ebd.: 102 f). Eine von Papandreou angestrebte Vertrauensabstimmung im Parlament konnte der Regierungschef am 5. November zwar noch gewinnen, trotzdem trat er jedoch am 10. November zurück. Die beiden stärksten Parteien, die konservative Nea Dimokratia und die sozialistische PASOK bildeten eine Übergangsregierung für die Zeit bis zu den geplanten Neuwahlen im April 2012 (vgl. ebd.: 104).

## **Das *Six Pack***

Am 13. Dezember 2011 trat das sogenannte *Six Pack* in Kraft, ein Änderungspaket für den seit 1997 im EU-Recht verankerten Stabilitäts- und Wachstumspakt, der unter anderem die Grenzen für die maximale Gesamt- und jährliche Neuverschuldung der EU-Staaten sowie die Sanktionen bei Übertretung dieser Grenzen festlegte. Das Six Pack verschärfte nun die Sanktionen und beseitigte Ausnahmen. Außerdem wurde eine stärkere Koordination der

wirtschaftlichen Entscheidungen der Mitgliedsländer beschlossen. Ursprünglich war geplant, dass sich wirtschaftlich stärkere Länder mit höherer Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlich schwächere mit geringerer Wettbewerbsfähigkeit aneinander angleichen sollten. Das hätte bedeutet, dass die einen die Wettbewerbsfähigkeit hätten verbessern, die anderen sie jedoch verschlechtern müssen, um auf das gleiche Niveau zu kommen. Deutschland als starke Exportwirtschaft mit großem Handelsbilanzüberschuss lehnte diese Maßnahme jedoch ab und erwirkte eine Änderung, die darauf hinausläuft, dass nur die Länder mit schlechterer Wettbewerbsfähigkeit sich den stärkeren anzupassen haben, wodurch Deutschland als stärkste Wirtschaftsmacht der EU in dieser Beziehung keinerlei Verpflichtungen einging (vgl. Illing 2013: 73 f). „Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit blieb somit die Zielmarke, an der sich die anderen Staaten orientieren mussten“ (ebd.: 74).

### **Schuldenschnitt und Freigabe des 2. Sparpakets**

Am 15. Februar 2012 folgte ein weiterer Bericht der Troika über den Fortschritt der Sparmaßnahmen und die Entwicklung der Schulden Griechenlands. Er sagte im Wesentlichen aus, dass Griechenland die ihm gesetzten Ziele in Bezug auf die Senkung des Schuldenstandes nicht würde erfüllen können. Selbst das günstigste der im Bericht vorkommenden Szenarien rechnete immer noch mit einem Schuldenstand von 129 % des BIP im Jahr 2020, was 9 Prozentpunkte über dem Zielwert lag. Andere Szenarien kamen auf einen Schuldenstand von bis zu 160 % des BIP. Bis dahin war das zweite Hilfspaket immer noch nicht verabschiedet worden. Der Bericht der Troika erschien einige Tage vor einem Treffen der Euro-Finanzminister in der Nacht vom 20. auf den 21. Februar 2012 und bildete somit die Grundlage für die auf dem Treffen geführte Diskussion. Die Finanzminister wussten also, dass Griechenland die Sparauflagen bisher nicht erfüllt hatte, und auch in Zukunft kaum dazu in der Lage sein würde. Sie wussten weiterhin, dass das zweite Hilfspaket nicht das letzte sein würde, da die Konsolidierung des griechischen Haushalts auf lange Sicht mehr Mittel verschlingen würde, als ursprünglich angenommen. Dennoch wurde die Freigabe des Hilfspakets beschlossen, da ohne diese Griechenland unweigerlich in die Pleite gerutscht wäre, was einerseits zu erhöhten Instabilitäten in der Eurozone geführt hätte, andererseits aber auch dazu, dass die bisher bewilligten Hilfskredite komplett verloren gewesen wären (vgl. ebd.: 76 f).

Das zweite Hilfspaket für Griechenland konzentrierte sich stark auf die Stützung des

Bankensektors. Neben dem Geld für die EZB war auch ein großer Teil des Geldes, das an Griechenland ging, für die Rekapitalisierung von Banken gedacht. Außerdem wurde eine bestimmte Summe für die Absicherung der vom angekündigten Schuldenschnitt betroffenen Kreditinstitute festgeschrieben. Das diente vor allem dazu, zu verhindern, dass sich die Krise über die miteinander verflochtenen Bankensysteme Griechenlands und der restlichen Euro-Staaten auch auf diese ausbreiten konnte (vgl. ebd.: 77). Wie schnell so etwas passieren kann, hatte man ja erst einige Jahre zuvor gesehen, als die amerikanische Bankenkrise zu einer globalen Finanzkrise wurde.

Mit dem zweiten Hilfspaket für Griechenland war 2011 auch ein Schuldenschnitt der privaten Gläubiger vereinbart worden. Auch dieser Schuldenschnitt – die Gläubiger sollten auf 53,5 % ihrer Schulden verzichten – sollte nun umgesetzt werden.

### **Der Fiskalpakt/SKS-Vertrag**

Schon im Januar 2012 hatte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel sich die Zusagen der anderen Euroländer zu ihrer Idee eines Fiskalpakts geholt, die sie im Dezember 2011 das erste Mal geäußert hatte. Auf dem EU-Gipfel am 1. und 2. März 2012 fand schließlich die Unterzeichnung des sogenannten *Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion* (SKS-Vertrag) statt. Der Vertrag ergänzte den Vertrag von Maastricht, genauer gesagt die Maastrichter Kriterien für eine Mitgliedschaft in der EU. So wurden zum Beispiel automatische Korrekturmaßnahmen für den Fall einer Überschreitung der maximalen Neuverschuldung und des maximalen Gesamtschuldenstands festgelegt. Der SKS-Vertrag sollte auch dazu dienen, die Fiskalpolitik der Eurostaaten stärker miteinander zu koordinieren. Eine größere Haushaltsdisziplin sollte gefördert werden. Der SKS-Vertrag machte die in ihm genannten Auflagen in Bezug auf Neuverschuldung und Schuldenstand zur Voraussetzung für Hilfen aus dem geplanten dauerhaften Stabilitätsmechanismus ESM. Um einen Antrag auf ESM-Hilfen zu stellen musste ein Land sich also den fiskalpolitischen Richtlinien des SKS-Vertrags unterwerfen. Die unterzeichnenden Länder mussten die Regelungen des Vertrags in nationales Recht umsetzen. Der Unterschied des SKS-Vertrags zu den vorigen rechtlichen Maßnahmen zur Stabilitätssicherung in der Eurozone – wie zum Beispiel dem Six Pack – war sein direkter Bezug zu den Finanzhilfen des ESM. Damit war der Vertrag nicht nur ein Regelwerk, sondern beinhaltete gleichzeitig das Machtinstrument zu seiner Durchsetzung (vgl. ebd.: 98 f).

## Neuwahlen – Stärkung der politischen Randbereiche

Die angekündigten Neuwahlen in Griechenland fanden dann doch erst am 6. Mai statt, statt – wie ursprünglich angekündigt – im April. Die beiden Parteien, die sich bis dahin immer in der Regierung des Landes abgelöst hatten – die konservative Nea Dimokratia und die sozialistische PASOK – mussten schwere Verluste einstecken. Dagegen gewannen das Bündnis der radikalen Linken SYRIZA und – in geringerem Maße – auch die rechtsextreme Chryssi Avgi („Goldene Morgenröte“) Stimmen hinzu. Da SYRIZA die Sparpolitik ablehnte und daher als Koalitionspartner für die beiden bisherigen Regierungsparteien nicht infrage kam, gelang überhaupt keine Koalitionsbildung und abermals musste es Neuwahlen geben, der neue Termin war der 17. Juni 2012 (vgl. Kleinz 2013: 108 f).

Die zweiten Wahlen innerhalb weniger Wochen bescherten der Nea Dimokratia einen knappen Sieg mit nur drei Prozentpunkten Vorsprung auf das Linksbündnis SYRIZA (vgl. ebd. 123). Sie einigte sich schließlich mit der PASOK und der „demokratischen Linken“ DIMAR auf die Bildung einer Koalition. Beide Wahlen zusammen zeigten schon Anzeichen für den Wechsel in der griechischen Politik, der Anfang 2015 schließlich zum Wahlsieg von SYRIZA führte. Die Nea Dimokratia verlor Stimmen, die PASOK schrumpfte so stark, dass sie innerhalb der nächsten Jahre von einer Volks- zur Splitterpartei wurde. Dafür gewannen bereits 2012 die politischen Randbereiche hinzu, von der Chryssi Avgi am rechten Rand bis hin zur SYRIZA, die sich, obgleich nicht stärkste Kraft, eindeutig zu den Gewinnern dieser beiden Wahlen zählen darf (vgl. Martens 2012).

Im Sommer des Jahres 2012 zeichnete sich erneut ein höherer Finanzierungsbedarf Griechenlands ab. Die radikale Sparpolitik hatte die griechische Wirtschaftsleistung einbrechen lassen, wodurch der Schuldenstand im Vergleich zum BIP erneut gestiegen war. Durch das geringere BIP und die Aufnahme neuer Schulden betrug die Schuldenlast Ende Juni wieder 160 % des BIP, was dem Stand vom Februar, also vor dem Schuldenschnitt, entsprach. Neben der schrumpfenden Wirtschaft trug hierzu auch die nach wie vor massenhaft praktizierte Steuerhinterziehung und Korruption bei, denen der griechische Staat immer noch keinen Riegel hatte vorschieben können (vgl. Illing 2013: 90 f).

Athens neuer Regierungschef Antonis Samaras bat um eine Verlängerung der Frist für die Konsolidierung des griechischen Haushalts. Als Zeichen des guten Willens verabschiedete die griechische Regierung im August 2012 ein milliardenschweres Sparpaket. Die Euroländer waren allerdings noch nicht überzeugt. Sie bestanden darauf, dass Griechenlands Defizit bis



2014 auf unter 3 % des BIP gesenkt werden müsse, während Samaras um eine Verlängerung dieser Frist bis 2016 bat. Besonders Deutschland sperrte sich gegen dieses Ansinnen. Schließlich verwies man auf den nächsten Bericht der Troika, der im September 2012 anstand und kündigte an, auf Grundlage desselben über die Fristverlängerung zu entscheiden. Auch die Idee eines dritten Hilfspakets tauchte auf, wurde allerdings vom deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble entschieden abgewiesen (vgl. ebd.: 91 f).

### **Der Höhepunkt der Eurokrise**

Im Sommer 2012 mehrten sich in Europa die Stimmen, die von einem Auseinanderbrechen der Eurozone sprachen. Euroskeptiker hatten in mehreren Staaten starken Zulauf, und auch bei den etablierten Parteien schwand die Bereitschaft zu weiteren milliardenschweren Rettungsmaßnahmen dahin, auch wenn aus den europäischen Regierungen, allen voran aus Deutschland, stets das Weiterbestehen des Euro und die Unversehrtheit der Eurozone gepredigt und selbst ein Ausstieg einzelner Staaten abgelehnt wurde. Die gesamte Währungsunion hatte mit höheren Zinsen bei der Platzierung von Staatsanleihen zu kämpfen, da auch Investoren aus anderen Ländern bereits auf ein Ende des Experiments Euro spekulierten. Auch Spanien musste schließlich unter den Euro-Rettungsschirm schlüpfen und Italiens Staatsanleihen wurden im Ausland fast gar nicht mehr nachgefragt (vgl. ebd.: 93 ff).

Der Sommer 2012 stellt einen Höhepunkt der Eurokrise und damit auch der Krise in Griechenland dar. Nie zuvor, aber auch hinterher nicht mehr, war ein Auseinanderbrechen der Eurozone so wahrscheinlich. Das Vertrauen, dass die Euro-Staaten es schaffen würden, die Krise zu überwinden, war in der ganzen Welt auf einem Tiefpunkt angekommen. Dass es im Herbst 2012 dann wieder ein wenig bergauf ging, liegt vor allem an zwei wichtigen Maßnahmen: der Ankündigung der EZB, unbegrenzt Staatsanleihen der Krisenstaaten aufzukaufen zu wollen und der Einrichtung des dauerhaften Stabilitätsmechanismus' ESM.

### **Der ESM und der unbeschränkte Anleihenkauf der EZB**

Am 20. August 2012 kündigte Mario Draghi, Präsident der EZB, an, die Zentralbank werde Anleihen der Krisenstaaten kaufen. Am 6. September folgte dann die Zusage des unbegrenzten Aufkaufs von Staatsanleihen der Krisenstaaten. Deutschland, das zuvor heftig gegen diese Maßnahme protestiert hatte, hatte schließlich klein beigegeben, da die Alternative

gemeinsamer europäischer Staatsanleihen, sogenannter Eurobonds, als das größere Übel erschienen. Das hängt damit zusammen, dass bei den Eurobonds alle Euro-Staaten gemeinsam für die Anleihengeschäfte jedes Mitgliedsstaates haften. Dadurch sinken die Zinsen, die die Krisenländer für Anleihenplatzierungen zahlen müssen, aber für wirtschaftlich starke Länder wie Deutschland würden sie steigen und damit direkt für stark steigende Ausgaben sorgen. Die Maßnahme der EZB hingegen belastete den deutschen Staatshaushalt nur indirekt, da nur im Falle eines Zahlungsausfalls und auch dann nur anteilig Geld von Deutschland gefordert werden würde. Außerdem behielt Deutschland zumindest eine Einflussmöglichkeit auf die Käufe der EZB, da diese vom ESM bewilligt werden mussten. Hier hatte Deutschland aber durch die hohe Beteiligung am Kapital des ESM eine Sperrminorität und konnte so sein Veto einlegen, wenn es die Käufe für nachteilig hielt. Weiterhin hatte auch Draghi selbst verlauten lassen, der unbegrenzte Aufkauf von Staatsanleihen gelte nur für diejenigen Länder, die Hilfe beim ESM beantragt hätten und die ihnen auferlegten Reform- und Sparmaßnahmen erfüllten. Die von Deutschland so dringend geforderte Austeritätspolitik in den Krisenstaaten schien damit also auch gewährleistet (vgl. ebd. 103 ff). Der garantierte Aufkauf der Staatsanleihen bewirkte eine Senkung der Zinsen für Staatsanleihen der Euro-Länder. Die Investoren brauchten nicht mehr zu fürchten, ihr in die Staatsanleihen investiertes Geld nicht zurückzubekommen, wodurch die Risikozuschläge drastisch sanken. Durch das dauerhafte Versprechen des Aufkaufs war auch das Sinken der Zinsen dieses Mal kein Kurzzeitphänomen, sondern hielt an (vgl. ebd.: 105 f).

Am 8. Oktober 2012 nahm der ESM, der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus, der anstelle der nur provisorisch eingerichteten EFSF trat, seine Arbeit auf. Er wurde mit einem Kapital von 700 Mrd. Euro ausgestattet, von denen 80 Mrd. die Euro-Staaten aufbringen mussten. Für den Rest bürgten die Staaten nur. Der SKS-Vertrag hatte – auch wenn er ebenfalls Klauseln für den Krisenfall enthielt – vor allem dem vorbeugenden Verhindern weiterer Krisen gedient. Der ESM hingegen war ein reines Instrument zur Krisenbewältigung. Voraussetzung für das Beantragen von Hilfen aus dem ESM war die Mitgliedschaft in der Eurozone und die erfolgte Ratifizierung des SKS-Vertrags. Der ESM konnte nicht nur Finanzhilfen vergeben. Es war ihm auch erlaubt, Krisenstaaten durch den Aufkauf ihrer Staatsanleihen am Sekundärmarkt zu entlasten. Neu war weiterhin, dass die Möglichkeit, die Kreditgeber im Krisenfall zu einem Schuldenschnitt bzw. einer Umschuldung zu verpflichten – als Folge der deutschen Bemühungen, private Gläubiger an den Hilfen für Krisenstaaten zu beteiligen – festgeschrieben war. Hierfür wurden Standardklauseln für den Verkauf von

Staatsanleihen festgelegt, die das Procedere im Falle einer Umschuldung regeln (vgl. ebd.: 101).

Mit dem ESM sicherte sich Deutschland eine weitere Einflussmöglichkeit auf die europäische Fiskalpolitik. Die Entscheidungen des ESM werden nämlich vom sogenannten Gouverneursrat getroffen, der aus den Finanzministern der Euro-Länder besteht. Trotz der gleichen Aufteilung der Stimmen im Rat ist jedoch die Stimmkraft der einzelnen Länder unterschiedlich. Die hängt nämlich davon ab, wie viel das jeweilige Land zum Kapital des ESM beigetragen hat. Mit über 27% ist Deutschland hier an der Spitze, so dass die Stimme des deutschen Finanzministers am schwersten wiegt (vgl. ebd.).

Dem Ansinnen, eine direkte Finanzierung angeschlagener Banken durch den ESM zu ermöglichen, stellte sich Deutschland entgegen. So musste zum Beispiel die spanische Regierung selbst Finanzhilfen beantragen, um mit dem Geld dann spanische Banken retten zu können. Voraussetzung für eine direkte Bankenfinanzierung aus dem ESM sollte die Schaffung einer Europäischen Bankenaufsicht sein. Die direkte Finanzierung war für die Krisenstaaten deshalb so interessant, weil dadurch der Schuldenstand des jeweiligen Landes nicht erhöht werden musste. Die bisherige Regelung sah vor, dass der Staat Kredite beim ESM aufnahm und das Geld dann für die Bankenrettung verwendete. Andererseits war es für den ESM und damit auch wieder für die Staaten riskanter, einer Bank Geld zu leihen, da bei einer Insolvenz des Kreditinstituts niemand mehr für die geliehene Summe haften würde und das Geld somit verloren wäre. Da die Euro-Länder das Kapital des ESM stellen bzw. dafür haften, würde ein solcher Verlust auf sie zurückfallen (vgl. ebd.: 102 f).

### **Sparmaßnahmen und weitere Hilfen**

Am 9. Oktober, kurz vor der erwarteten Veröffentlichung des nächsten Troika-Berichts, besuchte Angela Merkel Griechenland. Seit Beginn des Anleiheaufkaufs durch die EZB hatten die Griechen mit neuem Selbstbewusstsein gegen die strengen Sparmaßnahmen protestiert, deren stärkste Verteidigerin die deutsche Bundeskanzlerin war. Durch eine Genehmigung der EZB konnte Griechenland in dieser Zeit auch selbst gewisse Mengen Geld nachdrucken und sich damit über Wasser halten. Auch der IWF hatte inzwischen seine Meinung geändert und forderte eine Lockerung des Spardiktats. Die nächste Tranche der Hilfszahlungen an Griechenland wurde derweil immer weiter hinausgezögert, da man auf das Urteil der Troika warten wollte, deren Bericht sich sehr verspätete. Um ein positiveres Urteil

zu erwirken verabschiedete die griechische Regierung schließlich am 11. November ein neues Sparpaket, das Haushaltskürzungen von 11 Mrd. Euro enthielt. Die Euro-Finanzminister wollten die nächste Zahlung zwar ohne den Segen der Troika nicht freigeben, dafür honorierte man die Sparanstrengungen aber mit einer Verlängerung der Frist, die Griechenland für die Senkung des Defizits auf unter 3 Prozent gesetzt worden war, um zwei Jahre (vgl. ebd.: 106 f).

Positiv zu bemerken wäre, dass es Griechenland im November endlich wieder gelang, neue Staatsanleihen am Markt zu platzieren, die von privaten Investoren gekauft wurden. Das deutete auf eine erste Wiederanbindung an die Finanzmärkte hin und verhiess auf lange Sicht die Normalisierung der Zustände (vgl. ebd.: 107).

Auf der anderen Seite war der Schuldenstand in der Zwischenzeit erneut so stark gestiegen, dass schon fast wieder das Niveau von vor dem Schuldenschnitt erreicht war. Relativ zum BIP war es aufgrund der geschrumpften Wirtschaft sogar bedeutend höher. Daher verwundert es nicht, dass sich die Stimmen mehrten, die eine zweite Umschuldung forderten. Deutschland stellte sich jedoch gegen einen neuen Schuldenschnitt.

Auf dem Treffen der Euro-Finanzminister vom 28. November 2012 einigte man sich auf weitere Hilfsmaßnahmen für Griechenland, wobei die Bezeichnung *Drittes Hilfspaket* allerdings tunlichst vermieden wurde. Vor allem war von einem Rückkauf griechischer Staatsanleihen zu etwa einem Drittel des Werts die Rede. Dieser faktische Schuldenschnitt war selbstverständlich wieder freiwillig, wobei offen blieb, ob öffentliche oder private Anleger dadurch beeinträchtigt würden, da alles davon abhing, wer sich auf den Deal einlassen würde. Allerdings befanden sich etwa zwei Drittel der griechischen Schulden zur Zeit in öffentlicher Hand, was zumindest eine Vermutung nahelegte (vgl. ebd.: 108).

Nach diesen Beschlüssen wurde auf dem EU-Gipfel vom 13.-14. Dezember 2012 auch endlich die nächste Zahlung aus dem zweiten Hilfspaket bewilligt. Der Umfang der Zahlung war dabei erhöht worden, da durch die Verlängerung der Frist für die Erreichung eines Defizits von unter 3 Prozent eine weitere Finanzierungslücke entstanden war. Ein positiver Effekt der Freigabe, wahrscheinlich aber auch des offiziell stets anders titulierten dritten Hilfspakets war, dass im Dezember 2012 das erste Mal seit langem der Wert der griechischen Staatsanleihen wieder stieg (vgl. ebd.: 109). Allerdings muss dazu bemerkt werden, dass die zweite Umschuldung im Hinblick auf den griechischen Schuldenstand nicht den gewünschten Effekt erzielt hat (vgl. ebd.: 112 f).

### 3.3 Aktuelle Entwicklungen

Die Eurokrise betrachtet Illing zwar als beendet, da die „Gefahr des systemischen Kollaps [...] abgewehrt“ (ebd.) sei, die Staatsschuldenkrise in Griechenland dauert jedoch an. Bis heute hat sich an der griechischen Schuldenlage nicht viel geändert. Die Schulden des griechischen Staates betragen trotz (oder gerade wegen) immenser Einsparungen 170 % des BIP (vgl. Hank 2015).

Erst vor Kurzem hat es in der Griechenland-Krise erneut Bewegung gegeben. Aus den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 25. Februar 2015 ging das Bündnis der radikalen Linken SYRIZA als Sieger hervor. Im Vorfeld hatten Parteichef Alexis Tsipras und seine Mitstreiter sich durch scharfe Kritik an der von den Europäischen Geldgebern verordneten Austeritätspolitik hervorgetan und versprochen, sowohl die Kontrolle durch die Troika als auch die Privatisierung von Staatseigentum sowie viele weitere Sparmaßnahmen zu beenden, die Sozialleistungen des griechischen Staates zu erhöhen und die griechischen Schulden neu zu verhandeln, um nach Möglichkeit einen neuen Schuldenschnitt zu erwirken (vgl. Aust 2015). Die Geberländer hingegen pochten auf die Erfüllung der mit der Vorgängerregierung abgeschlossenen Verträge (vgl. Schiltz 2015). Inzwischen sieht es so aus, als würde auch die neue griechische Regierung vor der Troika einknicken. Letztere wurde in *die Institutionen* umbenannt, um einen Scheinerfolg zu erzielen. Die Verträge wurden verlängert und Athen muss neue Sparpläne vorlegen, da der neuen Regierung wie der alten ohne die Hilfskredite der Staatsbankrott droht (vgl. Bonse 2015). Außer großer Unruhe in den Regierungen der Eurozone hat sich durch die neue Regierung in Athen also bis jetzt kaum etwas verändert.

## 4. Zu untersuchende Medien

### 4.1 taz.die tageszeitung

Bei der taz, der ersten der beiden Zeitungen, deren Berichterstattung in dieser Arbeit verglichen werden soll, handelt es sich um eine überregionale Tageszeitung, die ihren Sitz in Berlin hat und seit dem 17. April 1979 von Montag bis Freitag erscheint. Hinzu kommt die seit Oktober 1983 jeden Samstag erscheinende Wochenendausgabe, die inzwischen den Titel „taz.am wochenende“ trägt. Außerdem gibt es zwei unterschiedliche Lokalteile für die Bereiche Berlin und „Nord“ (Hamburg/Bremen) (vgl. taz.die tageszeitung. o.J.a).

Ihren Ursprung hat die taz im linksalternativen Milieu der Bundesrepublik. Ihre Gründung erfolgte aus der Hoffnung verschiedener Bürgerinitiativen und sozialer Bewegungen aus dem ganzen Land heraus, ein gemeinsames bundesweites Forum in Form einer linksgerichteten, basisdemokratischen überregionalen Tageszeitung schaffen zu können (vgl. Magenau 2007: 18). Noch heute wirbt die taz auf ihrer Website damit, sie bringe „flache Hierarchien mit einer klaren Linie zusammen“ (taz.die tageszeitung. o.J.b).

Im Laufe ihrer Geschichte hat die taz jedoch auch Veränderungen durchgemacht. Bezeichnet sie sich selbst im Rückblick auf die Anfangszeit noch als „linkes, lautes Projekt“ (ebd.), so wird später lieber der Begriff „kritische Qualitätszeitung“ verwendet (vgl. Magenau 2007: 254 f). Diese Bezeichnung lässt die ideologische Ausrichtung des Blattes offen. Man bemüht sich bei der taz, sich selbst als ein jedwedem Mainstream entkommendes Medium darzustellen – selbst dem internen der linken Szene. Die taz will als professionelle Zeitung wahrgenommen werden, die sich keiner politischen Richtung so sehr verbunden fühlt, dass sie nicht kritisch beleuchtet würde. In diesem Rahmen wurde auch immer wieder versucht, Selbstkritik und -ironie zu einem Markenzeichen der taz zu machen (vgl. Magenau 2007: 254).

Bis heute fühlt sich die taz, auch wenn seit der Anfangszeit eine gewisse Mäßigung zu bemerken ist, dem linksalternativen bis linksliberalen Milieu verbunden. Sie ist politisch den Grünen nah.

Seit der Zeit ihrer Gründung schon sieht sich die taz gerne als den kleineren, schwächeren Wettbewerber in ewiger Konkurrenz zu den großen Blättern, insbesondere zur BILD Zeitung (vgl. Magenau: 251).

## 4.2 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Die zweite Zeitung, deren Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise ich in dieser Arbeit analysieren werde, ist die Frankfurter Allgemeine Zeitung, wie die taz eine überregionale Tageszeitung. Die FAZ wurde 1949 gegründet. Die erste Ausgabe erschien am 1. November. Obwohl die Redaktion sich zunächst teilweise aus ehemaligen Redakteuren der 1943 unter dem Naziregime verbotenen Frankfurter Zeitung zusammensetzte, distanzierte man sich gleich im ersten Leitartikel von der Sichtweise, die FAZ sei eine Reinkarnation der FZ. Später scheute man sich jedoch nicht, die Tradition und Erfahrung der FZ für sich zu reklamieren (vgl. Dohrendorf 1990: 9 f).

Vom Tag ihrer Gründung an machte es sich die FAZ zum Ziel, Unabhängigkeit als eines ihrer Markenzeichen zu etablieren.

„Breitere Schichten, nachdenkliche Menschen aus allen Berufen und Altersgruppen sollten mit der neuen, von Besatzungsmächten, Regierungen, Parteien, Interessengruppen, Familien oder Einzelpersonen unabhängigen Frankfurter Allgemeinen Zeitung angesprochen werden“ (Eick 1984: 1)“ (Dohrendorf 1990: 10).

In diesem Zitat schwingt bereits ein zweiter Aspekt des Frankfurter Selbstverständnisses mit. Man wendet sich hier explizit an *nachdenkliche Menschen*, also an ein gebildetes Publikum. Schon früh verstand sich die FAZ nicht einfach als Zeitung für alle, auch wenn der Untertitel *Zeitung für Deutschland* sich in diesem Sinne auslegen lässt. Vielmehr wollte man anspruchsvolle Information für Eliten bieten. So warb man unter anderem um Werbekunden, indem man herausstrich, die FAZ erreiche in weitaus höherem Maße als jede andere deutsche Zeitung Menschen, nach denen andere sich richten. Den Untertitel wollte man hingegen eher so verstanden wissen, dass die FAZ eine Zeitung sei, die einerseits über das gesamte Bundesgebiet Verbreitung fände, andererseits aber auch im Ausland für Deutschland sprechen könne und in dieser Funktion Beachtung finde (vgl. ebd.: 12).

Politisch gesehen lässt sich die FAZ mit dem Begriff *konservativ* beschreiben. Meinungen links der Mitte kommen in dem Blatt kaum vor. Vielmehr wird hier das Spektrum von bürgerlich-liberal bis rechtskonservativ abgebildet. Dabei liegt der Fokus auf der Berichterstattung über Außenpolitik, Wirtschaft und Bildung (vgl. ebd.: 16 ff). Sowohl die Fokussierung auf genannte Themen als auch die politische Richtung entsprechen den Erwartungen und Interessen der bereits erwähnten besonderen Zielgruppe der FAZ. Schließlich zählen nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Eliten zu den

Leuten, die laut der Zeitung den größten Einfluss auf die Mehrheitsmeinung in der deutschen Bevölkerung zu einem bestimmten Thema haben, und die sie also ansprechen will.

Der Konservatismus der FAZ schlägt sich auch in dem Layout wieder, das sich seit der Gründung kaum verändert hat. Durch das einfache, klassische Erscheinungsbild einer Tageszeitung sollen noch einmal Seriosität und intellektueller Anspruch unterstrichen werden (vgl. ebd.: 14).



## **5. Grundlagen für Analyse und Vergleich**

### **5.1 Forschungsgegenstand und Forschungsfragen**

In dieser Arbeit soll es darum gehen, herauszufinden, wie sich die Anfangsphase der Staatsschuldenkrise in Griechenland aus verschiedenen gesellschaftlichen Blickwinkeln darstellt, besonders aber, welche Unterschiede dabei in der Wertung Griechenlands und der Griechen auftreten. Zu diesem Zweck sollen beispielhaft Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ als konservatives Blatt und der Zeitung „taz.die tageszeitung“ als eher linksgerichtetes Medium analysiert und verglichen werden. Ziel der Arbeit ist es nicht, eine repräsentative Aussage über den Umgang konservativer und linker Medien mit der griechischen Staatsschuldenkrise zu treffen, sondern anhand zweier als Fallbeispiel herangezogener Zeitungen zwei mögliche Standpunkte zu skizzieren und modellhaft den Umgang dieser beiden Medien mit dem Thema „griechische Staatsschuldenkrise“ darzustellen.

Es ergeben sich also zwei Forschungsfragen:

1. Wie werden Griechenland und die Griechen in der Berichterstattung von taz und FAZ über die griechische Staatsschuldenkrise bewertet?
2. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zeigen sich in der Bewertung Griechenlands und der Griechen in den beiden Zeitungen?

Die Beantwortung der zweiten Forschungsfrage hängt hierbei natürlich stark von der der ersten ab.

### **5.2 Forschungsstand**

Da die Staatsschuldenkrise in Griechenland noch immer nicht vollständig vorbei ist, gibt es bisher noch ziemlich wenig Literatur zu diesem Thema. Hauptsächlich findet man Auszüge aus der jeweils aktuellen Berichterstattung zu den einzelnen Ereignissen, die mit der Staatsschuldenkrise in Zusammenhang stehen.

Als Hintergrund für die Textanalyse sollten jedoch zunächst einige Punkte untersucht werden,

die auf das Verhältnis von Griechen und Deutschen und damit möglicherweise auf die Berichterstattung deutscher Zeitungen über Griechenland Einfluss haben. Hierzu hat beispielsweise Evangelos Konstantinou einen umfangreichen Artikel für Europäische Geschichte Online, das Web-Angebot des Leibnitz-Instituts für europäische Geschichte, verfasst, der sich mit der Bewegung der Philhellenen beschäftigt, einem Phänomen, das die Meinung der Deutschen von den Griechen noch immer positiv beeinflusst. Auf der anderen Seite sollte die Zeit der deutschen Besatzung Griechenlands im zweiten Weltkrieg angesprochen werden, die das Verhältnis der beiden Länder zueinander stark belastet. Hierfür benutzte ich die Bücher „Repression und Kriegsverbrechen – Die Bekämpfung von Widerstands- und Partisanenbewegungen gegen die deutsche Besatzung in West- und Südeuropa“ herausgegeben von Guus Meershoek und „Die griechisch-deutschen Nachkriegsbeziehungen. Historische Hypothek und moralischer Kredit. Die bilateralen politischen und ökonomischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraums 1958-1967“ von Dimitrios Apostolopoulos sowie einige kürzere Beiträge.

Weiterhin müssen in einer Arbeit über die Berichterstattung über die Staatsschuldenkrise in Griechenland natürlich auch der Verlauf und die Auswirkungen dieser Krise beschrieben werden. Hier kamen die Bücher „Euro-Krise – Analyse der europäischen Strukturkrise“ von Falk Illing und „Griechenlands Misere im Fokus der Medien – Lesarten der Euro-Krise; Eine Kritik an der gesellschaftlichen Spaltung in Griechenland“ von Angelika Klein sowie Ansgar Belkes und Christian Dregers Aufsatz „Das zweite Rettungspaket für Griechenland“ im „Wirtschaftsdienst“ Jg. 91 H. 9 zum Einsatz.

Für eine kurze Charakterisierung der zu untersuchenden Medien habe ich neben deren Selbstdarstellung auf der jeweiligen Homepage die beiden Bücher „Die taz. Eine Zeitung als Lebensform“ von Jörg Magenau und „Zum Publizistischen Profil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung - Computerunterstützte Inhaltsanalyse von Kommentaren der FAZ“ von Rüdiger Dohrendorf herangezogen, in denen Abschnitte zu Profil und gesellschaftlich-politischer Einordnung der beiden Zeitungen vorhanden sind.

Vergleiche von Zeitungen finden sich unter den Studien, Abschlussarbeiten und Dissertationen mehrere, einer davon sogar mit Griechenlandbezug. In ihrer Dissertation mit dem Titel „Das medienkonstruierte Ausland – Deutsche und griechische Tageszeitungen im Vergleich“ geht Martha Kalantzi jedoch nicht näher auf die Berichterstattung *über* Griechenland ein, womit keine wirkliche inhaltliche Nähe zu meiner Arbeit vorliegt. Allerdings beschäftigt sich Kalantzi unter anderem mit der FAZ, wodurch sich in ihrer Arbeit

auch Informationen zu der Zeitung finden, die die Informationen Dohrendorfs ergänzen und bestätigen.

Es lässt sich also feststellen, dass der Verlauf der Krise und die Beziehungen von Deutschland und Griechenland in ausreichendem Maße dokumentiert und kommentiert sind (wobei die Informationen zu den Beziehungen sich eher auf die Geschichte bis in die Nachkriegszeit beziehen und danach immer weniger zu finden ist), dass aber die Sicht der Medien auf die Krise bislang kaum untersucht worden ist. Am ehesten ist hier vielleicht noch Kleinz zu nennen, die die Schwerpunkte der Berichterstattung in den Monaten von April 2010 bis September 2012 jeweils kurz zusammenfasst. Allerdings findet hier keine strukturierte Textanalyse statt. Stattdessen werden einzelne Beispiele aus Beiträgen verschiedener Medien herausgegriffen, um eine bestimmte, laut der Verfasserin in den Medien dominante Lesart der Eurokrise darzustellen und somit kritisieren zu können. Eine empirische Auseinandersetzung mit der Berichterstattung einzelner Medien ist nicht Teil des Buches.

## **5.3 Methode**

### **5.3.1 Analysemethode**

Der Hauptteil der Bachelorarbeit wird aus einer qualitativen Inhaltsanalyse der Berichterstattung der beiden Zeitungen „taz.die tageszeitung“ und „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ über die Staatsschuldenkrise in Griechenland und deren Vergleich bestehen. Ich werde dabei nach der Grounded Theory vorgehen, wie sie Friedrich Krotz beschreibt (vgl. Krotz 2005: 159-198). Hierbei wird der erste zu untersuchende Artikel zunächst einfach auf wertende Aussagen irgendeiner Art hin überprüft. Auch implizite Wertungen sollen hierbei berücksichtigt werden. Je nachdem, welche Teilaspekte Griechenlands hierbei eine Bewertung erfahren oder auf welche Art gewertet wird, werden hierbei Codes gebildet, allgemeinere Begriffe also, zu denen sich die einzelnen Aussagen zuordnen lassen und die eines ihrer Merkmale beschreiben, das möglicherweise auch bei anderen Aussagen auftreten kann. Nach der Analyse des Artikels hat man also eine Reihe von Codes, zu denen eine oder mehrere explizit oder implizit wertende Aussage(n) zugeordnet sind. Im nächsten Schritt werden die Codes und die dazugehörigen Aussagen betrachtet, es wird nach Möglichkeiten gesucht, Aussagen unter einem Code zusammenzufassen und Codes umzuformulieren, um sie treffender zu gestalten. Es kann auch schon eine erste Theorie aufgestellt werden, wie der

Artikel Griechenland wertet und in welchen Bereichen das wie zum Ausdruck kommt, welche natürlich am Artikel geprüft werden muss. Der dritte Schritt ist dann, den nächsten Artikel auszuwählen, der analysiert werden soll. Bei dessen Codierungsvorgang wird zwar immer noch nach neuen Codes Ausschau gehalten, aber auch die bereits vorhandenen werden gesucht. Bei der Wiederholung des zweiten Schritts wird nun die Code-Liste aktualisiert, erneut zusammengefasst und verfeinert und anschließend die beim ersten Artikel aufgestellte Theorie überprüft und bei Bedarf verändert. Außerdem wird nach Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen den gefundenen Codes gesucht. Codes, die eine ähnliche Bedeutung haben oder zwar verschieden sind, aber auf ein gleiches, allgemeineres Gesamtkonzept verweisen, können in sogenannten Kategorien zusammengefasst werden, die wiederum auf Verbindungen und Abhängigkeiten untersucht werden. Bei jedem neuen Artikel werden diese Schritte wiederholt. Das Ziel ist letztlich, auf eine oder einige wenige Schlüsselkategorien zu kommen, die in den untersuchten Artikeln eine besonders große Rolle spielen. Ein Ende findet der Forschungsprozess dann, wenn sich durch das Analysieren weiterer Artikel keine Änderung der Theorie mehr feststellen lässt.

### **5.3.2 Vergleichsmethode**

Um die Ergebnisse der Analyse von Artikeln der FAZ und der taz zu vergleichen, wird zunächst festgestellt, ob bei der Analyse Thesen herausgekommen sind, die dieselben oder ähnliche Fragen beantworten. Dann wird festgestellt, inwiefern sich die Antworten der beiden Zeitungen auf diese Frage ähneln oder unterscheiden. Danach wird auf die restlichen Thesen eingegangen, um festzustellen, ob diese grundsätzliche Unterschiede in der Fokussierung der beiden Blätter erkennen lassen. Schließlich wird zusammengefasst, was diese Gemeinsamkeiten und Unterschiede über die Sicht von taz und FAZ auf die Anfangsphase der Griechenlandkrise und über die hier auftretenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede aussagen.

### **5.3.3 Auswahl der zu untersuchenden Artikel**

Die Artikel, die ich untersuche, stammen aus den Onlinearchiven der beiden Zeitungen. Zeitlich werde ich beim 23.04.2010 ansetzen, an dem Tag also, an dem Griechenland bei der EU Finanzhilfe beantragte und sich damit gewissermaßen zur Krise bekannte. Ich werde also

Artikel suchen, die ab diesem Tag erschienen sind und sich mit Griechenland befassen. Dabei werde ich chronologisch vorgehen, so dass die untersuchten Artikel – obgleich die Anzahl der zu untersuchenden Beiträge bei einer Analyse nach der Grounded Theory nicht vor der Untersuchung festgelegt werden kann – sich nicht über die gesamte Spanne der Krise in Griechenland verteilen, sondern sich immer in einem bestimmten Zeitfenster befinden, dessen Enddatum erst durch die Vollendung der Analyse bestimmt wird, wie bei *5.3.1 Analysemethode* beschrieben. Meinungsbeiträge und Artikel, die sich mit Themen befassen, die keinen engen Bezug zur Staatsschuldenkrise aufweisen, werden dabei herausgefiltert. Außerdem werden Artikel unter einer Länge von 1000 Anschlägen (ohne Überschrift) nicht berücksichtigt. Die Analyse nach oben beschriebenem Schema führt zu einer Aussage über die grundsätzliche Sicht der jeweiligen Zeitung auf die Staatsschuldenkrise in Griechenland. Einschränkungen der Gültigkeit dieser Untersuchung werden bei *7. Gültigkeit, Aussagekraft und Ausblick* behandelt.

## **6. Analyse und Vergleich**

### **6.1 Analyse der Artikel der taz**

#### **6.1.1 Griechenland als Opfer**

##### **Griechenland als Opfer des Krisenmanagements/ der Auflagen der Geldgeber**

Der hervorstechendste Faktor in der Berichterstattung der taz über die Anfangsphase der Krise in Griechenland ist die Darstellung Griechenlands als Opfer anderer Akteure der Finanzkrise. Die Hauptschuld an der Krise wird hier dem Krisenmanagement der EU und des IWF, insbesondere den als zu streng empfundenen Auflagen zugeschrieben, die Griechenland erfüllen muss, um Finanzhilfen zu erhalten. So wird schon in der ersten Ausgabe der taz nach der Bitte von Griechenlands Premier Papandreou um die Finanzhilfen von IWF und EU – am 24.04.2010 nämlich – von einer „Sparfalle“ (Willms 2010) gesprochen, in die Athen sich begeben. Weiterhin wird der Bremer Finanzwissenschaftler Rudolf Hickel mit der Prognose zitiert, „Diese Sparpolitik [werde] die griechische Ökonomie kaputt machen“ (ebd.). Auch erwähnt man, dass der „von außen diktierte[...] Spardruck“ (ebd.) Griechenland „in den Bankrott treiben“ (ebd.) könne. Hier wird die Austeritätspolitik, die der IWF und die EU-Partner – allen voran Deutschland – fordern, als Ursache des absehbaren Scheiterns der griechischen Finanzpolitik dargestellt. Wie Griechenlands Schulden ursprünglich entstanden sind, wird nicht explizit thematisiert. Die entsprechenden Textstellen konzentrieren sich auf die – laut taz-Autoren – eher schlechten Perspektiven Griechenlands für die Zukunft und verorten die Schuld für die schlechten Aussichten eindeutig bei denen, die dem Land zu hohe Sparziele aufzwingen.

Bemerkungen dieser Art finden sich immer wieder. „Schon neun europäische Staaten bekommen Hilfen – und müssen dafür bluten“ (Herrmann 2010a) heißt es zum Beispiel in der taz vom 26.04.2010 recht blumig. An einigen Stellen werden die Folgen der Sparpolitik auch genauer beschrieben: „Die Konsequenzen sind sofort spürbar: Die Wirtschaft schrumpft, die Löhne fallen auch in der Privatwirtschaft, die Arbeitslosigkeit schießt in die Höhe“ (Herrmann 2010b) schreibt beispielsweise Ulrike Herrmann in der gleichen Ausgabe. Noch genauer wird sie, als sie die Entwicklung in Lettland, das bereits IWF-Hilfen in Anspruch genommen hat und ebenfalls eine rigorose Sparpolitik verordnet bekam, als Beispiel dafür heranzieht, was

Griechenland blüht: „Durch die verlangten Kürzungsprogramme brach die Konjunktur im vergangenen Jahr um 18 Prozent ein – während sich die Arbeitslosenquote auf 22,8 Prozent verdreifachte.“ Der Präsident der Gewerkschaft der Staatsbediensteten, Spyros Papaspyros, wird am 03.05. zitiert, um die Folgen des Sparzwangs für die griechischen Bürger zu verdeutlichen: „Wir verlieren fast 30 Prozent unseres Einkommens, das kann so nicht hingenommen werden“ (Kosch 2010b).

Neben diesen Beispielen, die die Folgen der Sparpolitik vergleichsweise genau beschreiben, gibt es noch eine ganze Reihe Äußerungen, in denen etwas allgemeiner auf die Opferrolle Griechenlands und die als überzogen empfundenen Sparauflagen von EU und IWF verwiesen wird. So heißt es am 24.04. in Bezug auf die Hilfskredite, „das Geld [...] [solle] nur dann tatsächlich fließen, wenn die Athener Regierung noch mehr [spare]“ (Willms 2010), wobei das *noch mehr* klingt, als sei mehr sparen zu viel. „Die EU gewährt Gelder. Dafür müssen sich die Griechen in Verzicht üben“ (Kosch 2010b) steht in der taz vom 03.05. und wenig später: „Denn die griechische Regierung muss für die neuen Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Euroländer nicht nur Zinsen bezahlen, sondern auch dramatisch sparen“ (ebd.). An diesen drei Stellen wird vor allem der Zwang in den Fokus gerückt, unter dem Griechenland steht: Wird nicht ausreichend gespart, gibt es kein neues Geld mehr.

Am 26.04. wird dann bekanntgegeben, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verlange „harte Sanierungsschritte“ (Herrmann 2010a), was klingt, als sei damit eigentlich *unbarmherzig* gemeint. Das gleiche Wort wird am selben Tag noch einmal verwendet, als mitgeteilt wird, „[D]er IWF [knüpfe] seine Kredite an harte Bedingungen“ (Herrmann 2010b). Dass die Hilfe der Kreditgeber mit starken Einschränkungen für Griechenland verbunden ist wird auch in einigen Forderungen anderer deutscher Politiker deutlich. So wird der damalige Außenminister Guido Westerwelle am 28.04. mit der Meinung zitiert „[b]ei den Gesprächen [mit den Kreditgebern] müsse das Land zeigen, dass es nachhaltig eine Konsolidierungspolitik betreibt“ (Bollmann 2010). Schon am 27.10. war folgendes berichtet worden: „Um die Rückzahlung der Kredite sicherzustellen, müsse man den ‚Griechen die Daumenschrauben anziehen‘, hieß es in der Unionsfraktion“ (Koch 2010) und Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde am 27.04. das Versprechen zugeschrieben, „Deutschland [werde] helfen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind“ (ebd.). Zwar klingen die Aussagen von Westerwelle und Merkel zunächst gar nicht so schlimm, allerdings transportieren sie die versteckte Drohung, die Kredite nicht zu gewähren, wenn die

Forderungen nicht erfüllt sein sollten. Deutschlands Hilfe ist also nicht bedingungslos. Außerdem wird an dieser Stelle eine Bevormundung der griechischen Regierung durch deutsche Politiker gezeigt, die sich anmaßen, Griechenland zu seinem Glück – einem ausgeglichenen Haushalt – zwingen zu wollen. Das zeigt sich auch noch einmal in einem Artikel vom 03.05., in dem es darum geht, dass das griechische Parlament in Kürze die Sparpläne beschließen werde:

„Viel zu verhandeln gibt es für die Regierung dabei offenbar nicht, schließlich entstanden die Kürzungspläne bei den Gesprächen mit dem IWF und Vertretern der Eurozone. Sie wollen die Sparanstrengungen Athens alle drei Monate überprüfen, nur dann fließt das Geld weiter“ (Kosch 2010b).

Wesentlich deutlicher fällt jedoch das Bild mit den Daumenschrauben aus. Deutschland als Foltermeister für Griechenland – klarer geht es nicht.

### **Die Auflagen für die Vergabe von Hilfskrediten setzen einen Kreislauf in Gang, der Griechenland immer abhängiger von Finanzhilfen macht**

Dass die Auflagen der Kreditgeber laut taz Griechenlands Wirtschaft zerstören und dem Land Schaden zufügen, wurde bereits ausführlich dargelegt. An verschiedenen Stellen kommt in der Berichterstattung der taz jedoch noch ein weitergehender Effekt der verordneten Sparpolitik vor: Es wird ein Kreislauf geschaffen, der Griechenland immer tiefer in die Abhängigkeit führt. Dieser Kreislauf sieht folgendermaßen aus: Griechenland braucht finanzielle Hilfen. Um diese zu bekommen, muss es die Sparvorgaben von EU und IWF erfüllen. Die Erfüllung dieser Sparmaßnahmen zerstört die griechische Wirtschaft, wodurch Griechenland noch weniger Geld selbst aufbringen kann, und noch mehr auf Finanzhilfen angewiesen ist. Der griechischen Regierung bleibt nichts anderes übrig, als um neue Hilfskredite zu bitten. Der erhöhte Finanzierungsbedarf Griechenlands wird von den Kreditgebern mit weiteren Sparauflagen beantwortet, da ja ein größeres Haushaltsdefizit ausgeglichen werden muss und die ganze Sache geht in die nächste Runde. Auf diese Weise sinkt die griechische Wirtschaftskraft immer weiter, während die Schulden stetig steigen.

Dieser Kreislauf wird nie explizit so beschrieben. Wenn man allerdings die einzelnen Aussagen über die Zusammenhänge innerhalb der Griechenlandkrise, die in den Artikeln der taz getätigt werden, in Verbindung bringt, ergibt sich dieses Bild.

So wird Griechenlands Abhängigkeit von den Hilfskrediten am 24.04. 2010 so beschrieben:



„Griechenland bittet EU und IWF um die Aktivierung der versprochenen Hilfen, weil jede andere Finanzierung zu teuer wird“ (Willms 2010). Am 26.04. sagt schon die Überschrift eines Artikels – „Griechenland am Tropf“ (Herrmann 2010a) – das Gleiche aus. Der griechischen Regierung bleibt also nichts anderes übrig, als die Finanzhilfen zu erbitten und sich so den Sparauflagen zu unterwerfen. Diese finden sich in Sätzen wie diesem vom 27.04.: „Obwohl man dieses Jahr keine weiteren großen Einschnitte in den Staatshaushalt erwartet, werden in den folgenden Jahren neue Sparzwänge auf die Regierung zukommen“ (Kadritzke 2010) oder auch in der taz vom 24.04., wo es heißt, „das Geld soll[e] nur dann tatsächlich fließen, wenn die Athener Regierung noch mehr spar[e]“ (Willms 2010). Die Darstellung der negativen Auswirkungen der Sparvorgaben auf die griechische Ökonomie wurde bereits im ersten Abschnitt dieser Analyse erschöpfend behandelt. Trotzdem soll hier nochmal ein Beispiel aus der taz vom 24.04.2010 gegeben werden: „Wenn der von außen diktierte Spardruck Griechenland auf diesem Weg doch noch in den Bankrott treibt, könnte sich auch die Rechnung der Bundesregierung als Luftbuchung erweisen“ (ebd.). Hier werden die von der EU und dem IWF geforderten Sparmaßnahmen klar als *Grund* für den zu erwartenden Bankrott Griechenlands dargestellt. Dass aus dem so geschaffenen bzw. verschärften wirtschaftlichen Abwärtstrend eine erhöhte Abhängigkeit von Hilfszahlungen folgt, drückt sich in der taz zum Beispiel in einem Zitat des damaligen griechischen Finanzministers Giorgos Papakonstantinou aus. Diesem werden am 03.05. diese Worte zugeschrieben: „Wir haben die Wahl zwischen Zusammenbruch oder Rettung“ (Kosch 2010b), wobei mit *Rettung* die Rettungsmaßnahmen von EU und IWF gemeint sind, die ja bekanntlich mit strengen Auflagen verbunden sind. Schon in der Vorwoche hatte die taz prognostiziert, „[o]hne Hilfe von außen [werde] sich dieser Teufelskreis nicht mehr durchbrechen lassen“ (Liebert 2010b). Mit dem *Teufelskreis* ist hier zwar nicht der hier beschriebene Kreislauf gemeint, aber wesentlich ist hier, dass davon ausgegangen wird, dass Griechenland sich nicht aus eigener Kraft vor dem Staatsbankrott retten kann und daher auf die Hilfe anderer angewiesen ist, mit anderen Worten: auf die Hilfen von EU und IWF. Am 24.04. wird zudem der Finanzwissenschaftler Rudolf Hickel zitiert, der, nachdem er die Zerstörung der griechischen Wirtschaft durch die Sparauflagen prognostiziert hat, verlauten ließ, „[o]hne eine stärkere Wirtschaft ha[be] Griechenland aber keine Chance, sich selbst aus der Krise herauszuarbeiten“ (Willms 2010). Es wird also ein weiteres Mal darauf hingewiesen, dass Griechenland allein hilflos ist. Es ist auf die Kredite von EU und IWF angewiesen und den Sparforderungen damit hilflos ausgeliefert.

In erster Linie handelt es sich hier um die Erklärung des Verlaufs der Griechenlandkrise. Des Verlaufs wohlgermerkt – nicht jedoch der Ursachen. Die Entstehung der Krise bildet keinen Teil des Kreislaufs. Der erklärt nur, warum und wie die Krise immer weiter geht und immer schlimmer wird. Die im ersten Abschnitt der Analyse gezeigten Beispiele bilden gewissermaßen nur einen – jedoch den wichtigsten – Ausschnitt des Kreislaufs. Sie sagen aus, dass Griechenland ein Opfer der Kreditgeber ist, da die von ihnen geforderten Sparmaßnahmen die griechische Ökonomie kaputt machen. In den Beispielen dieses Abschnitts kommt hinzu, dass die Zerstörung der griechischen Wirtschaft dafür sorgt, dass die Griechen sich den Sparaufgaben nicht mehr entziehen können, da sie die Finanzhilfen umso dringender brauchen. So schließt sich der Kreis.

### **Griechenland als Opfer der Ratingagenturen**

Die Darstellung Griechenlands als Opfer beinhaltet jedoch nicht nur einen Täter. Zwar werden die Kreditgeber als Hauptschuldige an der griechischen Krise dargestellt, aber es gibt noch weitere Mitschuldige. So sind zum Beispiel die Ratingagenturen, die die Kreditwürdigkeit von Unternehmen und Staaten einschätzen und darauf basierend zu einem Wertpapierkauf oder davon abraten, laut taz mitverantwortlich für das Dilemma Griechenlands.

„[N]ach einer erneuten Herabstufung durch die Ratingagentur Standard & Poor’s haben griechische Staatsanleihen nur noch Schrottwert. [...]. Weil somit die Zweifel an Griechenlands Zahlungsfähigkeit wachsen, steigen auch die Zinsen immer weiter – was dann die Staatspleite noch wahrscheinlicher werden lässt“ (Liebert 2010b)

verrät die taz vom 29.04.. Die Ratingagenturen werden hier als Verstärker der Krise beschrieben, da sie durch ihre negative Bewertung dafür sorgen, dass Griechenland noch mehr Zinsen auf geliehenes Geld zahlen muss, den Haushalt stärker belastet und somit noch weniger kreditwürdig ist. Dieser Kreislauf wird in einem anderen Artikel der gleichen Ausgabe so beschrieben:

„Doch wenn sich eine der drei großen Ratingagenturen skeptisch zur Bonität von Griechenland äußert, wird sie vom Beobachter zum Akteur an den Finanzmärkten. Denn die Devisen- und Anleihenmärkte reagieren sofort und schaffen spätestens damit die Fakten zur Analyse der Ratingagentur. Am Dienstag hatte Standard & Poor’s Griechenland auf „Junk“ herabgestuft. Das heißt, dass Griechenland seine Anleihen auf den Finanzmärkten kaum noch

los wird“ (Kosch 2010a).

Die Vertrauenswürdigkeit der Ratingagenturen wird kurz darauf ernsthaft bezweifelt: „Spätestens seit der Finanzkrise sind die Agenturen jedoch stark in der Kritik, da sie auch die später wertlosen Pakete aus Hypothekenkrediten als sichere Anlage auswiesen. Sowohl die Transparenz als auch die Unabhängigkeit der Agenturen wird in Zweifel gezogen“ (ebd.). Außerdem wird berichtet, es sei bereits eine Klage gegen zwei der drei großen amerikanischen Ratingagenturen unterwegs. „Die Kläger werfen den Ratingagenturen eine bewusst falsche Bewertung von Giftpapieren vor“ (ebd.).

Neben den Kreditgebern werden also die Ratingagenturen als Schuldige an der Krise in Griechenland bezeichnet. Zwar wird ihre Schuld lange nicht so oft herausgestrichen, wie die der EU und des IWF, doch die vorhandenen Erwähnungen gehen alle in dieselbe Richtung.

### **Widersprüche gegen die Opferrolle Griechenlands**

Bei den Auflagen der Kreditgeber ist letzteres jedoch nicht der Fall, jedenfalls nicht auf den ersten Blick. An einer Stelle gibt es nämlich auch einen Hinweis auf eine moderate, konstruktive Art, die Auflagen festzulegen. Der Chef des IWF, Dominique Strauss-Kahn, wird mit den Worten „Jedes Programm muss sich nach den jeweiligen besonderen Umständen des betroffenen Landes richten“ (Herrmann 2010a) zitiert. Auf den ersten Blick mag das wie eine Abweichung von der sonstigen Darstellung der Lage in der taz erscheinen, bei näherer Betrachtung fällt aber auf, dass dieser Satz – wiedergegeben, bevor die genauen Auflagen und ihre Auswirkungen bekannt wurden – keinesfalls die Prognose der Redaktion wiedergibt, sondern als Versuch gewertet wird, „die Griechen zu beruhigen“ (ebd.). Zwar liest sich der Satz trotzdem wie eine Hoffnung für die Zukunft; daran, dass man bei der taz eine eher schlechte Entwicklung erwartet, ändert sich jedoch nichts. Schließlich ist bekannt, dass Griechenland wohl strenge Sparziele vorgelegt bekommen wird. Grundsätzliche Forderungen nach Sparmaßnahmen müssen auch schon lautgeworden sein, denn der Artikel endet mit dem Satz: „Zwar sparen die Griechen inzwischen, doch gleichzeitig bricht die Konjunktur weg“ (ebd.). In diesem letzten Satz kann man schon erkennen, dass der Behauptung Strauss-Kahns, Griechenland durch moderate Sparauflagen retten zu wollen, kein rechter Glaube geschenkt wird. Das Zitat von Strauss-Kahn widerspricht also zwar seinem Inhalt nach der Darstellung Griechenlands als Opfer der Auflagen seiner Geldgeber, drückt jedoch nicht die Meinung oder Erwartung der Autorin aus.

## **Griechenland als Opfer – Zusammenfassung**

Die Darstellung Griechenlands als Opfer findet also vor allem statt, indem andere Schuldige für die Staatsschuldenkrise genannt werden. Das sind zum einen die Kreditgeber, die die griechische Wirtschaft und damit die Chance auf eine Besserung der Lage durch die Verordnung strenger Sparprogramme zerstören, andererseits sind es die Ratingagenturen, die durch ihre negative Bewertung potentielle Anleihenkäufer abschrecken, eine Erholung Griechenlands dadurch verhindern und das Land noch tiefer in die Krise stürzen.

Schuldzuweisungen an die Kreditgeber finden bei weitem öfter statt, als die, die sich an die Ratingagenturen richten. Das mag damit zusammenhängen, dass letztere nicht so oft öffentlichkeitswirksam aktiv werden, wie die EU und der IWF, jedenfalls nicht mit Griechenlandbezug. Fakt ist jedoch, dass als größter Fehler der Staatsschuldenkrise Griechenlands nicht etwa Handlungen dargestellt werden, die zu ihrer Entstehung führten, sondern die aus taz-Sicht destruktiven sogenannten Rettungsmaßnahmen von EU und IWF. Selbst ein konstruktiv anmutendes Zitat des damaligen IWF-Chefs Dominique Strauss-Kahn wird nicht als Beleg für eine ebensolche Politik gewertet, sondern als Beruhigungsfloskel für die Griechen abgetan.

Setzt man verschiedene in taz-Artikeln laut gewordene Erklärungen für die Zusammenhänge innerhalb der Griechenlandkrise zusammen, so merkt man, dass man hier nicht nur der Meinung ist, die Auflagen von EU und IWF würden Griechenland massiv schaden, sondern dass davon ausgegangen wird, dass die wirtschaftlichen Schäden, die Griechenland auf diese Weise davonträgt, das Defizit noch vergrößern und das Land so in noch größere Abhängigkeit von Hilfskrediten stürzen.

### **6.1.2 Das Krisenmanagement der EU und des IWF löst die Wirtschafts- und Finanzprobleme Griechenlands nicht**

Die Maßnahmen, die die Kreditgeber ergriffen haben, und die, die sie von Griechenland fordern, schränken Griechenland laut taz stark ein und haben sowohl für die griechische Wirtschaft als auch für die Einwohner Griechenlands negative Auswirkungen. Im Allgemeinen werden derart harte Maßnahmen damit gerechtfertigt, dass sie einen Weg aus der Schuldenkrise bereiten sollen, wodurch das Land sich in absehbarer Zeit stabilisieren und der Gefahr eines Staatsbankrotts entkommen würde. In der taz wird jedoch an vielen Stellen zum

Ausdruck gebracht, dass selbst diese erklärten Ziele der Sparmaßnahmen nicht einmal annähernd erreicht werden, die Austeritätspolitik somit also nicht nur zu rigoros, sondern auch einfach nicht zielführend ist. Dies wird zum Beispiel erreicht, indem von Folgen der Sparmaßnahmen berichtet wird, die ihren Zielen diametral entgegengesetzt sind. In der taz vom 26.04.2010 steht beispielsweise: „Die Konsequenzen sind sofort spürbar: Die Wirtschaft schrumpft, die Löhne fallen auch in der Privatwirtschaft, die Arbeitslosigkeit schießt in die Höhe“ (Herrmann 2010b). Im Artikel ist zwar von Lettland die Rede, dieses wird aber nur als Beispiel herangezogen, um zu prognostizieren, was mit Griechenland passieren wird, da auch Lettland einige Jahre zuvor auf Hilfen des IWF hat zurückgreifen und sich daher den Sparauflagen beugen müssen. Statt Griechenland also mit billigen Krediten zu helfen, seinen Schuldenstand langsam abzubauen und sein Defizit in den Griff zu bekommen, wird hier die griechische Wirtschaft zerstört und damit dafür gesorgt, dass noch mehr neue Schulden aufgenommen werden müssen, da Griechenland weniger eigenes Geld aufbringen kann. Wenig später wird diese Sicht der Dinge noch einmal unterstrichen – wieder am Beispiel Lettland: „Durch die verlangten Kürzungsprogramme brach die Konjunktur im vergangenen Jahr um 18 Prozent ein – während sich die Arbeitslosenquote auf 22,8 Prozent verdreifachte“ (ebd.).

Die Unwirksamkeit der Sparpolitik als Strategie der Rettung Griechenlands wird weiterhin mehrfach ausgedrückt, indem der trotz Sparanstrengungen noch immer drohende Staatsbankrott Griechenlands erwähnt wird. „Noch immer ist ein Staatsbankrott nicht ausgeschlossen“ (ebd.) heißt es ganz lapidar am 26.04. und zwei Tage später: „Eine Pleite Griechenlands sei trotz der Hilfsaktion nicht auszuschließen, sagte der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer“ (Bollmann 2010). Am 29.10. betont man noch einmal, „[a]uch mit einem Hilfspaket von EU und IWF [werde] sich die griechische Schuldenkrise nicht lösen lassen“ (Liebert 2010b). Im gleichen Artikel wird noch erklärt, „[d]em Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, zufolge könne das jetzt verhandelte Rettungspaket Griechenlands langfristiges Schuldenproblem nicht lösen, sondern nur einen Aufschub bis 2011 geben“ (ebd.). Die Aussage dieser Textausschnitte: Die Sparpolitik hat Griechenland bis jetzt nicht gerettet und das wird sie auch in Zukunft nicht.

Die unterschwellige Kritik, die hier an den Maßnahmen von EU und IWF geübt wird, ähnelt natürlich der, die schon bei der Darstellung Griechenlands als Opfer der Kreditgeber festzustellen war. Der Unterschied liegt darin, dass es in der Frage nach der Opferrolle

Griechenlands hauptsächlich um die bewusste Inkaufnahme von starken Nachteilen für Griechenland geht – von wirtschaftlichen Nachteilen bis hin zur Verlust der Selbstbestimmung – wobei der Blickwinkel eher so gewählt ist, dass die Niederlage Griechenlands – beispielsweise in den Kreditverhandlungen – einen Triumph der Kreditgeber bedeutet, während hier das Scheitern der Kreditgeber im Kampf gegen die Krise in den Fokus gerückt wird. Gerade weil sich die beiden Bereiche so nah sind, lassen sich einige Textstellen als Beispiele für beide Aussagen lesen und kommen daher auch in beiden Abschnitten vor. Auch stützt natürlich die in der taz vertretene These von der Unwirksamkeit des Krisenmanagements der Kreditgeber die Darstellung Griechenlands als Opfer der Machenschaften von EU und IWF. Schließlich kann man nicht nur Opfer eines Angriffs, sondern auch eines Unfalls – bzw. eines verunglückten Rettungsversuchs – sein.

### **6.1.3 Die Krise in Griechenland kann Deutschland viel Geld kosten, aber auch hohe Einnahmen einbringen**

Obwohl die Opferrolle Griechenlands und die Schuld der Kreditgeber am Andauern der Krise in der Berichterstattung der taz eine zentrale Rolle einnehmen, werden die Kosten, die die griechische Staatsschuldenkrise für Deutschland bedeutet, keinesfalls ausgeblendet. Die Beteiligung Deutschlands an den Hilfskrediten ist ein immer wieder angesprochenes Thema und auch die Höhe der von Deutschland beizusteuern den Kredite wird oft genannt.

So wird bereits am 24.04.2010 von den geplanten Finanzhilfen von 45 Mrd. Euro berichtet, wobei erwähnt wird: „8,4 Milliarden Euro davon müsste die Bundesregierung übernehmen“ (Willms 2010). Am 26.04. wird die Summe gleich zweimal genannt. Erst heißt es, „am Montag [wolle] Finanzminister Wolfgang Schäuble [...] über ein Gesetz beraten, das Kreditgarantien in Höhe von 8,4 Milliarden Euro ermöglicht“ (Herrmann 2010a), dann wird nochmals erklärt, dass Deutschland von den 45 Mrd. Euro Hilfskrediten „aufgrund seiner Wirtschaftskraft 8,4 Milliarden stellen müsste“ (ebd.). Auch am 27.04. wird die Zahl noch einmal genannt: „Der deutsche Anteil in Form von Krediten der öffentlichen KfW-Bankengruppe, die der Bund garantieren wird, umfasst bis zu 8,4 Milliarden Euro“ (Koch 2010), am 29.04. wird erneut erzählt, Deutschland solle „8,4 Milliarden beisteuern“ (Liebert 2010b) und auch am 03.05. kommt die Zahl noch zweimal vor (vgl. Kosch 2010b). Die genauen Kosten der Krise in Griechenland für Deutschland zu beziffern wurde also als ziemlich wichtig eingestuft, so wichtig, dass die Summe in die verschiedenen Artikel immer

wieder aufgenommen wurde, auch wenn sich die diesbezüglichen Informationen in der Zwischenzeit nicht geändert hatten. In zwei Artikeln wurde die Zahl sogar gleich jeweils zweimal genannt.

All diese Textstellen beinhalten, wie unschwer zu erkennen ist, nur eine Information: Die Krise in Griechenland kostet Deutschland 8,4 Mrd. Euro. Man könnte eventuell noch hinzufügen, dass Deutschland aufgrund seiner hohen Wirtschaftskraft besonders viel zur Rettung Griechenlands beisteuern muss, auf jeden Fall handelt es sich um Milliardensummen und das hört sich – unabhängig davon, dass wir inzwischen wissen, dass die damaligen Schätzungen des griechischen Finanzierungsbedarfs im Vergleich zu dem, was bis heute bereits gezahlt wurde, noch sehr optimistisch waren – nach einer Menge Geld an. Nach einem großen Verlust für Deutschland also.

Dieses Bild wird in der taz jedoch nicht so stehen gelassen. Von Beginn der Diskussionen über die Hilfszahlungen an wird hier immer wieder angesprochen, dass die Geberländer – namentlich Deutschland – aus den Hilfszahlungen Profit schlagen und unter Umständen gar nicht schlecht daran verdienen. Das fängt an mit der Erwähnung, dass die *Hilfszahlungen* ja eigentlich *Hilfskredite* sind, die zurückgezahlt werden sollen und auf die es Zinsen gibt. Am 24.04. schrieb die taz beispielsweise: „Ende März hatten IWF und Euroländer bis zu 45 Milliarden Euro in Aussicht gestellt, die sie zum Zinssatz von 5 Prozent an Griechenland verleihen wollen“ (Willms 2010). Wenig später wird sie dann allerdings genauer:

„Derzeit geht sie davon aus, dass sich die Förderbank KfW, die das Geschäft abwickeln soll, die Milliarden für rund 3 Prozent Zinsen auf den Märkten besorgen kann. Athen müsste sie aber mit jährlich 5 Prozent zurückzahlen. Die Differenz könnte der Bundesfinanzminister als zusätzliche Einnahme verbuchen und sein Defizit verringern“ (ebd.).

Zwei Tage später wird der Vorgang ein weiteres Mal erklärt:

„Die KfW würde sich das Geld für ihre Griechenlandkredite auf dem Kapitalmarkt besorgen – und dafür rund 3 Prozent Zinsen zahlen, wie sie für Deutschland als dem Schuldner üblich sind. Von den Griechen hingegen würde die KfW einen Zinssatz von 5 Prozent verlangen. [...]. Zunächst würde Deutschland also einen Gewinn mit seinen Griechenlandhilfen einfahren“ (Herrmann 2010a).

Deutschland ist also gar nicht so spendabel und hilfsbereit, wie es tut. Es macht nur ein gewinnbringendes Geschäft, so der Subtext.

Am 03.05. kommt eine weitere Information hinzu: Der deutsche Teil der Hilfskredite wird gar nicht direkt aus dem Bundeshaushalt verschwinden. Das Geld soll von der bundeseigenen

Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als Darlehen ausgegeben werden, für das die Bundesregierung bürgt. Deutschland wird also zunächst kein Geld verlieren, sondern nur den Gewinn aus den Zinsen einstreichen. Wie viel das sein könnte, wird in einem Zitat der Bundeskanzlerin selbst gesagt:

„Mit diesem Verfahren habe die Bundesregierung gute Erfahrungen gemacht, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). „Im Bankenpaket haben wir Garantien im Umfang von 400 Milliarden Euro bereitgestellt, von denen wir bislang nichts verloren, aber fast 1 Milliarde Euro an Gebühren und Zinsen von den Banken eingenommen haben““ (Kosch 2010b).

Wenn es also mit Griechenland wieder so läuft, so meint die taz, könnten die Sorgen, dass Deutschland Griechenland durchfüttern muss und sich damit selbst herunterzieht, unbegründet sein. Außerdem wird hier der Eindruck erweckt, dass die Hilfskredite viel weniger uneigennützig sind, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Deutschland profitiert von den Hilfszahlungen an Griechenland – und verdient dabei an dem ohnehin schon krisengeschüttelten Mittelmeerstaat. Wieder ein Punkt, der Griechenland als Opfer der Kreditgeber erscheinen lässt.



## 6.2 Analyse der Artikel der FAZ

### 6.2.1 Griechenland stellt durch die Krise eine Bedrohung für Deutschland und Europa dar

Eine der größten Auffälligkeiten in der Berichterstattung der FAZ über die Krise in Griechenland ist die Angst vor dem krisengeschüttelten Mittelmeerstaat. Auf verschiedene Weise wird dem Leser vermittelt, dass Griechenland ihn und andere bedroht. Dabei wird zwar weder dem griechischen Volk noch der griechischen Regierung diesbezüglich absichtsvolles Handeln unterstellt, die Stigmatisierung Griechenlands bleibt jedoch bestehen.

So ist zum Beispiel an vielen Stellen von einer gewissen Ansteckungsgefahr Griechenlands die Rede. Man geht also davon aus, „dass die griechischen Schwierigkeiten auf andere Länder der Währungsunion übergreifen könnten“ (Kafsack/Schäfers/Welter 2010), wie es am 24.04.2010 heißt. In einem anderen Artikel der gleichen Ausgabe wird gewarnt,

„die Krise [könne] auf andere hochdefizitäre Euro-Staaten übergreifen. ‚Was wird unter dem Eindruck einer solchen Maßnahme etwa mit den portugiesischen Schulden geschehen?‘, fragt [der Chef des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Christoph] Schmidt“ (Plickert 2010).

Bereits einen Absatz später wird erneut angemerkt, Hilfszahlungen an Griechenland „könnte[n] ein Signal an andere hochverschuldete Staaten senden, etwa Portugal und Spanien, ebenfalls um Hilfe zu bitten, was aber die Solidität der Währungsunion untergraben würde“ (ebd.). 9 Seiten weiter hinten verleihen Bettina Schulz und Tim Höfinghoff der gleichen Besorgnis Ausdruck, indem sie Ian Stannard, Devisenexperte der BNP Paribas, mit der Meinung zitieren, „[d]ie Marktteilnehmer seien zudem weiterhin besorgt, ‚dass sich die Krise auch auf andere Länder in Europa ausweiten könnte““ (Höfinghoff/Schulz 2010). Wenig später kommt die Commerzbank – bzw. kommen deren Analysten – zu Wort und benennen als bleibende Probleme des Euroraums neben anderen auch „die Angst davor, dass die Schuldenkrise und die Rezession in Griechenland nicht die notwendigen Anpassungen erzwingen [und] die Angst, dass in anderen Euroraum-Ländern ähnliche Probleme drohen“ (ebd.). Am 26.04. wird dann sogar direkt das Wort „Ansteckungsgefahr“ verwendet: „Bundesbankpräsident Weber [...] warnte angesichts des ‚außergewöhnlich fragilen Marktumfelds‘ vor Ansteckungsgefahren Griechenlands für andere Länder“ (Schwenn u.a.

2010). Ein Hinweis auf die Gefahr eines Übergreifens der Krise auf andere Länder steckt zudem auch in den Forderungen nach einem Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone, die sich im gleichen Artikel finden. Erst heißt es hier, „die CSU [habe] dem Land den Austritt aus der Eurozone nahe[gelegt]“ (ebd.), dann wird ein wenig später noch erläutert, es sei der Landesgruppenchef der CSU, Hans-Peter Friedrich, gewesen, der Griechenland zum Erwägen dieses Schritts aufgefordert habe (vgl. ebd.).

Die häufige Erwähnung der Gefahr, die aufgrund der Möglichkeit eines Übergreifens der Krise auf andere Länder von Griechenland ausgehe, zeichnet das Bild einer Bedrohung, der man sich nicht zu sehr nähern sollte. Der Versuch, Griechenland zu helfen, erscheint wie ein Wagnis, das Deutschland und den anderen Kreditgebern die gleichen Probleme einbringen könnte, die Griechenland hat. Gerade die Forderungen nach dem Austritt Griechenlands aus dem Euro haben den Anschein, als müsse man sich – etwas polemisch ausgedrückt – in Sicherheit bringen, bevor das sinkende Schiff einen mit in die Tiefe reißt.

Neben der Gefahr einer direkten Übertragung der Krise wird auch noch auf andere Weise auf die Bedrohlichkeit Griechenlands hingewiesen. So wird zum Beispiel des Öfteren angesprochen, wie die griechische Staatsschuldenkrise den deutschen Staatshaushalt, die deutsche Wirtschaft oder die Finanzen der deutschen Bürger belastet oder belasten könnte. Am 24.04. wurde so zum Beispiel die Meinung einiger Frankfurter Aktienhändler zu der griechischen Bitte um Finanzhilfen wiedergegeben, die meinten, „[d]urch den Hilferuf habe sich nichts an dem Risiko einer Umschuldung geändert [...]. Noch immer drohe, dass die Gläubiger Verzicht leisten müssen, wenn Griechenland seine Schulden nicht bezahlen kann“ (Ruhkamp 2010). Kurz darauf wird auf mögliche Verluste deutscher Banken durch die Krise hingewiesen:

„Allein die deutschen Banken halten Forderungen gegenüber privaten und öffentlichen Schuldner in Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien im Wert von rund 700 Milliarden Dollar (umgerechnet 533 Milliarden Euro). Sollten die Risikoprämien für diese Länder dauerhaft um nur einen Prozentpunkt steigen, könnte das zu Wertverlusten in der Größenordnung von 25 Milliarden Euro führen“ (ebd.).

Gerne wird auch darauf aufmerksam gemacht, welche Summen Deutschland zu den Hilfskrediten beisteuern muss. „Der Anteil der Euro-Staaten an den 30 Milliarden Euro berechnet sich nach demjenigen am Kapital der Europäischen Zentralbank (EZB)“ (Kafsack 2010), erinnert beispielsweise Kafsack. „Also muss Deutschland mit 8,4 Milliarden Euro den

größten Anteil tragen, falls Griechenland die Gesamtsumme abrufen“ (ebd.). Wenig später wird diese Einschätzung sogar noch einmal etwas verschärft: „In der Bundesregierung kursieren allerdings Berechnungen, wonach die deutschen Hilfen über mehrere Jahre auf knapp 17 Milliarden steigen könnten“ (ebd.). Deutschland, so muss es also scheinen, leidet am meisten unter den Folgen der Krise, mit der die Deutschen doch eigentlich nichts zu tun haben.

Ein weiterer Angstbegriff ist das Wort *Haircut*, in der FAZ meist mit *Umschuldungen* oder auch *Umschuldungen mit Abschlägen* übersetzt. Es geht hier um die Möglichkeit, Griechenland einen Teil seiner Schulden zu erlassen und somit den Druck auf die griechische Staatskasse zu reduzieren. Diese Option wird in der FAZ jedoch eher kritisch gesehen. „Umschuldungen könnten zu noch größeren Belastungen führen“ (Ruhkamp/Welter 2010) wird beispielsweise gewarnt. Allerdings schreibt Philip Plickert schon in der Überschrift seines Artikels: „Umschuldung mit Abschlägen ist erforderlich“ (Plickert 2010). Im Artikel heißt es dann:

„Fuest fordert daher eine Umschuldung mit Abschlägen („Haircuts“) auf griechische Anleihen: ‚Ein ‚Haircut‘ wäre dringend erforderlich. Andernfalls werden die Steuerzahler nach der Bankenkrise nun zum zweiten Mal über den Tisch gezogen.‘ Ein Schuldenschnitt sei prinzipiell möglich, sagt Fuest, der an der Universität Oxford lehrt“ (ebd.).

Es werden also auch Argumente für einen Haircut angeführt. Selbst diese sehen Griechenland jedoch als Gefahr für die Finanzen deutscher Banken und der deutschen Steuerzahler. Genaugenommen wird die Gefahr hier sogar als größer dargestellt, da sie unausweichlich ist: Entweder man stimmt einem Schuldenerlass zu und verliert dadurch einen großen Teil seines Geldes, oder man lehnt ihn ab und verliert bei Griechenlands Pleite alles. Tim Höfinghoff und Bettina Schulz betonen dann auch wieder stärker die möglichen negativen Folgen einer Umschuldung und sprechen von einer „[Euro-]Abwertungswelle, die die Angst vor einer kurzfristig bevorstehenden Umschuldung Griechenlands ausgelöst hätte“ (Höfinghoff/Schulz 2010).

Etwas weniger deutlich tritt die Bedrohung durch Griechenland immer dann zutage, wenn nicht direkt von den von Deutschland zu leistenden Zahlungen die Rede ist, sondern einfach der Finanzierungsbedarf Griechenlands angesprochen wird. Allerdings geben auch diese Zahlen immer einen Hinweis auf die mögliche zukünftige Belastung des hiesigen Staatshaushalts durch Hilfen für Griechenland. Am 24.04. wurde die insgesamt erwartete Summe der Hilfskredite beispielsweise mit folgenden Worten erwähnt: „Ob die Griechen die

gesamte für das erste Jahr vorgesehene Hilfssumme von 30 Milliarden Euro beantragen oder nur einen Teil, war zunächst unklar. Hinzu können bis zu 15 Milliarden Euro vom Internationalen Währungsfonds (IWF) kommen“ (Kafsack/Schäfers/Welter 2010). Dieser Betrag wird auch in einem anderen Artikel der gleichen Ausgabe noch einmal erwähnt (vgl. Hermann/Schäfers 2010). Im selben Artikel wird später auch noch auf die hohe Staatsverschuldung und das Haushaltsdefizit Griechenlands eingegangen, ein weiterer Hinweis auf hohe Kosten für alle, die versuchen, das Land per Finanzhilfen aus der Krise zu holen: „Am Donnerstag hatte Eurostat das Budgetdefizit Griechenlands für 2009 von 12,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 13,6 Prozent angehoben. Der Staatsverschuldung stieg damit auf 273 Milliarden Euro, das sind 115 Prozent des BIP“ (ebd.). Kafsack erwähnt ebenfalls die 30 Milliarden Euro von den EU-Ländern und die 15 Milliarden vom IWF, weist allerdings zusätzlich darauf hin, dass es sich hierbei nur um die Kosten im ersten Jahr handelt und die Hilfskredite für weitere Jahre noch nicht festgelegt seien (vgl. Kafsack 2010). Das beinhaltet ganz klar den Hinweis, dass weitere Ausgaben folgen können und klingt so, als seien sie alles andere als unwahrscheinlich. Dies wird schließlich von Plickert bestätigt, der schreibt, „Die von den EU-Staaten zugesagte Hilfe von zunächst 30 Milliarden Euro werde nicht ausreichen“ (Plickert 2010).

An einigen Stellen werden die Bedrohungen der deutschen Finanzen etwas relativiert. So weist man darauf hin, „dass es nicht um direkte Hilfen aus dem Bundeshaushalt geht, sondern um Kredite der staatseigenen KfW Bankengruppe“ (Kafsack/Schäfers/Welter 2010). Auch Rainer Hermann und Manfred Schäfers sprechen diesen Umstand an: „Geplant ist, dass die Staatsbank KfW den deutschen Anteil von 28 Prozent am Kreditpaket allein für das erste Jahr der auf drei Jahre angelegten Hilfe übernehmen wird“ (Hermann/Schäfers 2010). Dies lässt die Gefahr für die deutsche Staatskasse und damit für den deutschen Steuerzahler nicht mehr so akut erscheinen. Auch in Bezug auf den gesamten Finanzierungsbedarf Griechenlands wird an einer Stelle vorsichtig Zuversicht gestreut: „Die genaue Summe hängt davon ab, wie viel Hilfen Griechenland tatsächlich benötigt. In Brüssel hieß es am Freitag, es könnten auch nur zwei Drittel der Gesamtsumme sein“ (Kafsack 2010). Schließlich wird am 26.04. noch eine Äußerung des griechischen Finanzministers Giorgos Papakonstantinou angesprochen, der „erklärte, dass eine Umschuldung nicht in Frage komme“ (Schwenn u.a. 2010). Es gibt also durchaus einige Stellen, an denen in Bezug auf die Gefahr, die von Griechenland ausgeht, beruhigende Worte verwendet werden. Allerdings überwiegen die bedrohlichen Darstellungen

bei Weitem. Die vereinzelt Relativierungen wirken eher, als seien sie für die Vollständigkeit der Information mit eingebaut worden. Die Tendenz der wertenden Äußerungen geht jedoch insgesamt in die andere Richtung.

### **6.2.2 Griechenland und die griechische Regierung tragen die Hauptschuld an der Krise**

Die Frage nach der Schuld an der Krise in Griechenland wird in den Artikeln der FAZ nicht eindeutig beantwortet. Es gibt Äußerungen, die Griechenland oder der griechischen Regierung die Schuld zuschreiben, aber auch solche, die Deutschland be- oder Griechenland ein wenig entlasten. Die alleinige Schuld wird Griechenland also nicht gegeben. Wenn man allerdings die Häufigkeit der Hinweise auf eine griechische Schuld mit der Erwähnung anderer Verantwortlicher vergleicht, stellt man fest, dass Griechenland doch zumindest als Hauptschuldiger an der Krise gesehen wird. Andere Einflüsse werden zwar erwähnt, tauchen allerdings bei Weitem nicht so oft auf.

Mehrfach wird beispielsweise die Kompetenz der griechischen Politiker bewertet. Hierbei gibt es zwar eine Textstelle aus der FAZ vom 26.04.2010, in der erwähnt wird, der IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn habe sich „nach einem Gespräch mit dem griechischen Finanzminister Papakonstantinou beeindruckt von der Entschlossenheit der Behörden [gezeigt], die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen“ (Schwenn u.a. 2010), ansonsten werden die Fähigkeiten der griechischen Politiker aber eher negativ dargestellt. Dies äußert sich in Sätzen wie diesem: „Der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou hat seinen Antrag auf Finanzhilfe mit dramatischen Worten und mythologischen Vergleichen gerechtfertigt“ (Hermann/Schäfers 2010). Hier entsteht der Eindruck, dass Papandreou nicht in der Lage sei, eine sachliche Darstellung der Lage vorzubringen oder stichhaltige Argumente anzuführen. Stattdessen stützt er sich auf *mythologische Vergleiche*, also auf etwas realitätsfernes, das nichts mit der Lösung einer aktuellen Krise zu tun hat. Weiter geht es folgendermaßen:

„In seiner Rede auf der Insel Kastelorizo, die Papandreou auf einer lange zuvor geplanten Reise trotz der Zuspitzung der Krise besuchte, gab er der Regierung von Kostas Karamanlis, die er nach der Parlamentswahl abgelöst hatte, die Verantwortung für die Schuldenlage. Die Schuld an der Eskalation gab er Spekulanten“ (ebd.).

In diesen Sätzen stecken gleich zwei Kritikpunkte. Erstens ist Papandreou *trotz der Zuspitzung der Krise* nicht in seinem Regierungssitz und macht stattdessen eine Reise, die er

vielleicht besser verschoben oder abgesagt hätte, weil sie wohl kaum wichtiger sein kann als die plötzlich drastisch verschärfte Schuldenkrise und die durch die Erwähnung einer Insel auch schon fast nach Urlaub aussieht. Zweitens wälzt der Premier die Verantwortung für die schlechte Lage auf die Vorgängerregierung und auf die Spekulanten ab, was in diesem Zusammenhang nach billiger Ausrede klingt. Doch damit nicht genug, ist der Inhalt von Papandreous Rede laut FAZ wohl auch nicht sehr erhellend. „In der politischen Klasse und bei den Bürgern machte sich nach Papandreous Rede Ratlosigkeit breit“ (ebd.) heißt es in dem Artikel. Worüber genau hier Ratlosigkeit herrscht und was genau verwirrende Inhalte von Papandreous Rede gewesen sein könnten, wird nicht erwähnt.

Dafür wird am 26.04. noch einmal ein deutscher Politiker mit einer deutlichen Kritik zitiert: „Der Parteivorsitzende Westerwelle bekannte sich zur gemeinsamen Währung, sagte aber, es dürfe nicht zugelassen werden, dass unsere Währung durch diejenigen gefährdet wird, die unseriös wirtschaften und unsolide haushalten“ (Schwenn u.a. 2010). Auch dies kann man als Kritik an der Unfähigkeit der griechischen Regierung verstehen, die nicht in der Lage ist, eine gesunde Wirtschaft und einen ausgeglichenen Staatshaushalt auf die Beine zu stellen.

Andererseits kann diese Textstelle allerdings auch als ein Ausdruck des Zweifels an der Bereitschaft der Griechen gelesen werden, wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Krise zu ergreifen. Schließlich wird nicht gesagt, ob die Verfehlungen in Haushalt und Wirtschaftspolitik ein Ergebnis mangelnder Fähigkeiten oder mangelnder Bemühungen sind. An der Schuldfrage würde das jedoch nicht viel ändern. Sowohl die Auffassung, die griechische Regierung sei unfähig, als auch die, sie sei unwillig, die richtigen Maßnahmen einzuleiten, stützt eine Schuldzuweisung an die griechische Regierung.

Die Darstellung einer mangelnden Reformbereitschaft der Griechen wird in den Artikeln der FAZ noch mehrfach angedeutet. Meist geschieht dies, indem auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, Griechenland zu Reformen und Sparmaßnahmen zu *zwingen*. So schreiben Hendrik Kafsack, Manfred Schäfers und Patrick Welter, Bundeskanzlerin Merkel habe bekanntgegeben, „[s]obald das Sparprogramm vorliege, müsse es von der Europäischen Zentralbank und vom IWF bewertet werden. Dies sei die Voraussetzung für Hilfen“ (Kafsack/Schäfers/Welter 2010). „Asmussen sagte, Griechenland müsse während der Verhandlungen darlegen, welche wirtschafts- und finanzpolitischen Anpassungen für die Jahre 2011 und 2012 geplant seien, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumsaussichten zu verbessern“ (Ruhkamp/Welter 2010) heißt es in einem anderen Artikel. Beide Abschnitte

zeigen, dass Griechenland nicht zugetraut wird, selbst die richtigen Entscheidungen zu treffen, um aus der Krise herauszukommen. Die Maßnahmen müssen von als kompetenter eingeschätzten Leuten vorgeschrieben oder kontrolliert werden. Die griechischen Entscheidungen, so scheint man anzunehmen, würden die Krise nicht beenden, sondern vielleicht eher noch verschärfen. Der Schluss, dass es auch die Entscheidungen dieser griechischen Politiker waren, die die Krise erst verursacht haben, liegt nicht mehr fern, wenn man erst einmal akzeptiert hat, dass sie nicht in der Lage wären, die richtigen Entscheidungen zur Lösung der griechischen Probleme zu treffen.

Noch etwas deutlicher äußert sich die FAZ am 26.04.. Da heißt es, die versprochene Kreditgarantie für Griechenland „werde nur gewährt, wenn Griechenland jene Sanierungsschritte unternahme, die mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank abgestimmt würden. „[...] Dann können wir davon ausgehen, dass das Land die Kredite auch zurückzahlt“ (Schwenn u.a. 2010).

Hier wird klares Misstrauen gegen Griechenland geäußert. Man rechnet nicht damit, dass Griechenland sich selbst aus der Krise manövrieren könnte und erlegt dem Land gewisse Spar- und Reformmaßnahmen auf, um sicherzustellen, dass es die Kredite, die man ihm gibt, damit es Wirtschaft und Haushalt konsolidieren kann, in ein paar Jahren auch wieder zurückzahlen kann. Also auch hier der Zweifel an den Fähigkeiten oder der Reformbereitschaft der griechischen Regierung.

Schließlich schlagen auch Kerstin Schwenn und ihre Kollegen in dieselbe Kerbe, als sie Guido Westerwelle mit der Meinung zitieren, es „müsse [...] handfeste Konsequenzen geben. „Wir brauchen deutlich mehr Kontrolle und strengere Regeln“ (Schwenn u.a. 2010) hat Westerwelle verlautbaren lassen. Also noch einmal die Forderung, den Krisenländern ihre Politik vorzuschreiben und damit die versteckte Aussage, dass Schuldenkrisen im Wesentlichen auf die verfehlte Politik der Schuldner zurückzuführen seien.

Mitunter wird die Reformbereitschaft der griechischen Regierung allerdings auch ganz offen in Zweifel gezogen, zum Beispiel, um die Kreditzusagen von EU und IWF zu kritisieren: „Nicht alle Schritte, die man ansonsten zur Sanierung der griechischen Staatsfinanzen unternommen hätte, werden wohl jetzt noch durchgeführt werden“ (Plickert 2010) wird so beispielsweise der Chef des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Christoph Schmidt zu den Folgen der Hilfskredite zitiert.

Mehrfach wird auch von der griechischen Wirtschaft und deren Entwicklung in den letzten

Jahrzehnten gesprochen: „Griechenland hat seit Mitte der neunziger Jahre stark steigende Leistungsbilanzdefizite. Das heißt, es hat stetig mehr importiert, als exportiert“ (Plickert 2010). Hier wird nicht mehr direkt auf die Verfehlungen bestimmter Politiker eingegangen – ganz Griechenland hat sich zu hohe Einfuhren zuschulden kommen lassen und sich somit in die Krise manövriert. „Kein anderes entwickeltes Land hat so hohe Leistungsbilanzdefizite“ (ebd.) wird wenig später noch mitgeteilt. Außerdem seien „[d]ie Produkte der griechischen Wirtschaft [...] auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Ein Hauptgrund dafür waren die hohen Lohnsteigerungen, die über der Produktivitätsentwicklung lagen“ (ebd.). Gerade die Information über die Lohnsteigerungen sagt aus: Die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt.

Außerdem ist zweifelhaft, ob man ihnen vertrauen kann: „Griechenland müsse sich vollständig in die Karten schauen lassen, sagte Schäuble auf die Frage nach der Glaubhaftigkeit der (lange gefälschten) griechischen Bilanzen“ (Schwenn u.a. 2010). Dieses Thema wurde allerdings auch schon früher angesprochen: „Ein Land, das wie Griechenland die Aufnahme in die Währungsunion nur mit gefälschten Daten erlangt hat, wollen die Urheber des Initiativantrags [...] als Ultima Ratio aus der Währungsunion ausschließen“ (Hermann/Schäfers 2010). Griechenland war also schon lange in Schwierigkeiten und hätte erst gar nicht in die EU gedurft, in die Eurozone erst recht nicht. Das festigt das Bild des Schuldigen.

Es gibt allerdings auch noch ein paar Punkte, die Griechenland in der Schuldfrage ein wenig aus dem Fokus rücken. Der Satz „Griechenland war zum Schluss mit Risikoprämien am Markt konfrontiert, die auf Dauer für das Land nicht mehr tragbar gewesen wären“ (Höfinghoff/Schulz 2010) benennt zwar keinen Schuldigen, klingt aber eher danach, als sei Griechenland hier ein Opfer der Umstände und ohne eigene Schuld in eine Lage geraten, in der keine Entscheidungsspielräume mehr offen blieben.

An anderen Stellen wird sogar ein konkreter Mitschuldiger genannt, wodurch Griechenland entlastet wird: Deutschland. So soll der italienische Finanzminister Giulio Tremonti Deutschland mit der Behauptung kritisiert haben, „Ein großes Land wie Deutschland werde nur dann zur großen Nation, wenn es nun für Griechenland einspringe“ (Piller 2010). Außerdem habe die italienische Zeitung *Corriere della Sera* den deutschen Regierungskurs in Sachen Griechenland im Titel eines ihrer Artikel als „egoistisch und isoliert“ (ebd.) bezeichnet und „Italiens Unternehmerpräsidentin Emma Marcegaglia [habe] den Deutschen mehrfach



Egoismus in europäischen Fragen vorgeworfen“ (ebd.). Diese drei Zitate stammen allerdings alle aus dem gleichen Artikel, so dass nicht unbedingt von einem Hang der FAZ zur Beschuldigung Deutschlands zu sprechen ist. Vielmehr wird im gleichen Artikel auch dargestellt, dass Italien sich die Schuldenstatistiken gerade etwas schönrechne und sich in Sachen Haushaltspolitik auf eine Stufe mit Deutschland stelle, was laut FAZ nicht gerechtfertigt ist (vgl. ebd.). Dies lässt auch die italienische Kritik an Deutschland eher so aussehen, als werde sie vom Autor nicht unterstützt. Die Schuldzuweisungen an die deutsche Adresse spiegeln also nicht die grundsätzliche Haltung der FAZ wider.

### **6.2.3 Das Krisenmanagement von EU und IWF ist umstritten und verspricht nicht die Lösung der Krise**

Obwohl – wie im vorigen Abschnitt dieser Analyse erwähnt – die Hauptschuld der Krise bei Griechenland gesehen wird, stoßen die Ansätze der anderen Akteure wie zum Beispiel der restlichen EU-Länder oder des IWF keinesfalls auf Gegenliebe. In der FAZ wird an vielen Stellen darauf hingewiesen, dass die Politik der Kreditgeber nicht die erhofften Resultate bringe oder bringen werde und scharfer Kritik ausgesetzt sei.

An einer Stelle wird sogar – in Form eines Zitats des Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium, Clemens Fuest – die Entstehung der Krise zum Teil den Mitgliedern der Eurozone angelastet, ohne dass dadurch allerdings die Schuld Griechenlands geringer würde: „Es gebe aber ,in der aktuellen Situation leider keine sinnvolle Alternative, weil die Politik sich bei der Gründung der Währungsunion trotz vieler Warnungen von Ökonomen auf solche Fälle nicht vorbereitet hat““ (Plickert 2010). Über die Schuld an der Entstehung der Krise wird in diesem Satz zwar nichts gesagt, dafür wird einem klargemacht, dass die Euroländer das Unheil hätten verhindern oder abschwächen können, wenn die Vorbereitungen auf solche Situationen besser gewesen wären. Erschwerend kommt hinzu, dass in dem Textausschnitt davon die Rede ist, dass schon damals von Ökonomen angeraten wurde, entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Das Problem muss also bekannt gewesen sein, was die Politiker zusätzlich belastet.

Besonders häufig wird in den Artikeln die Kritik dargestellt, die verschiedene Leute an den

Hilfskrediten von EU und IWF üben. Teilweise bleibt diese Darstellung eher substanzlos. „Die Regierung strebt eine schnelle Gesetzgebung an, obwohl es selbst in der Koalition erhebliche Bedenken gegen die Hilfe gibt“ (Hermann/Schäfers 2010), heißt es so zum Beispiel, oder: „Der CDU-Politiker gestand zu, dass Mitglieder seiner Fraktion noch Bedenken gegen die deutsche Hilfe hätten“ (ebd.) und wenig später: „Starker Widerstand kommt aus der FDP. An vorderster Front steht der Finanzpolitiker Frank Schäffler. ‚Es gibt ziemlich viel Unmut in der FDP‘, berichtet er.“ (ebd.). In diesen drei Sätzen werden die Bedenken der Politiker nicht erklärt. Die Gründe für ihre Kritik kommen nicht zur Sprache, es wird nur gesagt, dass es welche gab. Allerdings wird gezeigt, dass es unter den Politikern eine gewisse Stimmung gegen die Griechenlandkredite gibt.

Es gibt jedoch auch andere Beispiele. „Die EU-Finanzhilfe stößt unter Ökonomen auf Kritik, weil die Euro-Regeln verletzt werden“ (Plickert 2010) schreibt beispielsweise Philip Plickert. Wenig später wird er noch genauer:

„Die Finanzhilfe für das überschuldete Griechenland stößt auf Kritik von deutschen Ökonomen. Viele sehen darin einen Verstoß gegen das im Maastricht-Vertrag festgelegte Verbot der Haftungsübernahme für Schulden (No-bailout-Klausel) eines Euro-Mitgliedstaates“ (ebd.), um diese Behauptung gleich darauf durch ein Zitat zu stützen:

„Das alles ist nicht gut für die Währungsunion, denn das Vertrauen in ihr Funktionieren muss zwangsläufig Schaden nehmen, wenn so offensichtlich die selbst gesetzten Regeln des No-bailout umgangen werden“, sagt Christoph Schmidt, Mitglied im Sachverständigenrat und Präsident des RWI-Instituts in Essen“ (ebd.).

Hier werden die konkreten Sorgen der Politiker genannt. Diese beziehen sich auf eine mögliche Schädigung der Glaubwürdigkeit der EU, wenn sie ihre eigenen Regeln verletzt, indem ihre Mitgliedsländer de facto für die Schulden eines anderen Mitgliedslandes aufkommen. Dies wurde im Vertrag von Maastricht verboten.

Neben den rechtlichen Bedenken werden natürlich auch ganz praktische Zweifel an der Wirksamkeit der Hilfskredite angeführt: „Viele Ökonomen äußern die Sorge, dass die Milliardenhilfe den nächsten Akt der griechischen Tragödie programmiert“ (ebd.). Auch diese Aussage wird noch genauer erklärt:

„Der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, zweifelt daran, dass die Hilfe die gewünschte Wirkung haben wird. ‚Griechenland hat nicht nur ein Problem mit dem öffentlichen Defizit, sondern vor allem auch mit dem Außenhandelsdefizit, das riesige Dimensionen hat‘, betont Sinn. ‚Internationale Investoren werden das nicht dauerhaft

finanzieren, und EU-Kredite werden auch nur temporär beschaffbar sein“ (ebd.).

Hier wird also explizit gesagt, dass die Hilfskredite – laut einem Experten, denn das Ifo-Institut ist das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. und eine renommierte Einrichtung – wahrscheinlich nicht so wirken werden, wie die Kreditgeber sich das vorstellen. Es wird damit gerechnet, dass die Probleme auf diese Weise nicht gelöst werden können, und der Hinweis auf die nur temporär beschaffbaren EU-Kredite verrät, dass der zitierte Herr Sinn damit rechnet, dass Griechenland auf Dauer von Hilfen abhängig sein wird. Es wird also ein Scheitern prognostiziert und gleichzeitig ausgedrückt, dass diese Prognose nicht einfach aus der Redaktion, sondern von jemandem stammt, der Ahnung von der Materie hat.

Aber Sinn und ein Wirtschaftsprofessor namens Starbatty haben noch mehr zu sagen.

„Diese schmerzhafteste Therapie, prophezeit Ifo-Präsident Sinn, könnte das Land an den Rand eines Bürgerkriegs treiben. Auch der Tübinger Wirtschaftsprofessor Joachim Starbatty fürchtet, dass mit einer harten Sparpolitik die Rezession zu einer wirtschaftlichen Depression werde“ (ebd.).

Die Hilfen sind also nicht nur unnütz, sondern tatsächlich auch gefährlich. Zudem werden für diese Einschätzung gleich mehrere Experten herangezogen.

Weiter geht es mit dem Grund für die Skepsis an der hilfreichen Wirkung der Kredite: „Mit den EU-Milliarden wird zwar für einige Zeit der Schuldendruck geringer, der auf den Griechen lastet. Doch die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft erhöht sich damit noch nicht“ (ebd.). Am eigentlichen Problem, so deutet dieser Absatz an, gehen die Hilfen vorbei. Maßnahmen zur Stärkung der griechischen Wirtschaft wären angesagt.

Doch nicht nur für die Krise in Griechenland sind die Maßnahmen der EU laut FAZ gefährlich. Auch der ebenfalls krisengeschüttelte Euro leidet darunter. „Analysten prophezeien weiteren Druck auf den Euro“ (Höfinghoff/Schulz 2010) heißt es zum Beispiel in der Überschrift eines Artikels über die Auswirkungen der griechischen Bitte um Hilfe auf die Finanzmärkte. Später im Artikel liest man, die „Devisenfachleute [blieben] skeptisch, was die weitere Entwicklung der Gemeinschaftswährung angeht“ (ebd.) und „[d]ie Nachricht, dass das hochverschuldete Griechenland die Hilfen von EU und IWF annehmen wird, stützten zwar den Euro-Kurs, doch nach Einschätzung von Devisenfachleuten [sei] damit nicht langfristig zu rechnen“ (ebd.). In diesen Worten kommt die Angst zum Ausdruck, dass die Hilfen für Griechenland zu einer Schwächung des Euro und damit zu einem Abschwung in Europa führen könnten.

Außerdem wird betont, dass die Maßnahmen zur Krisenbewältigung bisher noch nicht zu deren Lösung geführt haben: ‚Man erwartet zwar nicht, dass die EU und der IWF ‚Nein‘ sagen, und deshalb trauen sich die Leute wieder etwas und kaufen den Euro‘, sagte ein Devisenhändler der Nachrichtenagentur Reuters. Aber traditionelle Krisenanlagen blieben bei den Anlegern hoch im Kurs“ (Mußler 2010).

FDP-Finanzpolitiker Solms wurde schließlich noch mit einer direkten Kritik am Bundesfinanzminister zitiert: „Es war offenkundig eine Fehlentscheidung des Finanzministers, den Griechen vorab finanzielle Hilfen zuzusichern‘, sagte Solms dem ‚Tagesspiegel“ (Schwenn u.a. 2010). Konkret war Solms wohl der Meinung, man hätte sich nicht an ein solches Versprechen binden dürfen, da man nun um die Hilfe nicht mehr herumkomme (vgl. ebd.). Dies sagt zwar nichts darüber aus, wie wirkungsvoll die geplanten Maßnahmen sind, illustriert aber erneut die Umstrittenheit der Hilfskredite.

Zu den Expertenmeinungen kommen noch einige weitere Aussagen über die Auswirkungen der Hilfskredite. „Griechenlands Hilferuf verpufft am Markt“ (Ruhkamp/Welter 2010) ist ein FAZ-Artikel überschrieben und erklärt kurz darauf: „In einer ersten Reaktion stiegen die Kurse griechischer Anleihen zwar kräftig. Doch schon am Nachmittag schwanden die Kursaufschläge“ (ebd.). In weiteren Artikeln fallen zwar Sätze wie „Die Athener Börse reagierte erleichtert und legte nach den Verlusten der Vortage wieder zu“ (Hermann/Schäfers 2010) oder „Als dann am Freitagmorgen zunächst griechische Medien berichteten, die Regierung in Athen stehe kurz davor, in Brüssel und Washington um Finanzhilfe zu bitten, legte der Euro-Kurs um gut einen amerikanischen Cent zu“ (Mußler 2010) und ein Artikel trägt den Titel „Euro profitiert kurz von Griechenland-Hilfe“ (ebd.), aber die Hoffnungen werden kurz darauf schon wieder durch Versicherungen gebremst, der Effekt sei nicht von Dauer (vgl. ebd.). Während die Information also bei Hermann und Schäfers nicht eingehend behandelt, sondern am Schluss in einem Satz erwähnt wurde, beeilte sich Mußler, hinzuzufügen, wie kurzfristig der durch die Annahme des Hilfsangebots erreichte positive Effekt sei. In diesem Zusammenhang werden auch noch die Auswirkungen der Maßnahmen auf den Wert griechischer Staatsanleihen erwähnt: „Dagegen erfreuten sich Staatsanleihen Griechenlands mehr Vertrauens bei Investoren“ (ebd.). Neben der Sorge, dass es sich ebenfalls nur um einen kurzfristigen Effekt handeln könnte, gibt es hier noch einen weiteren Fakt, der bezweifeln lässt, dass hier wirklich von einem Erfolg des Krisenmanagements zu lesen ist. Die Wertsteigerung der griechischen Staatsanleihen geht nämlich auf Kosten anderer

Staatsanleihen – der deutschen: „Eine gestiegene Risikobereitschaft der Anleger zeigte sich am Rentenmarkt, wo die zuvor als sichere Anlage gesuchten Bundesanleihen verstärkt verkauft wurden. Der Bund-Future, wichtigster Zinskontrakt auf Bundesanleihen, verlor am Freitag 20 Basispunkte“ (ebd.). Das klingt dann doch schon wieder eher nach gescheitertem Krisenmanagement.

## 6.3 Vergleich

### **Welches ist die Rolle Griechenlands in der Staatsschuldenkrise?**

Über die Rolle Griechenlands in der Staatsschuldenkrise herrschen in den beiden Zeitungen sehr verschiedene Ansichten. In der taz ist Griechenland meist das hilflose Opfer (s. 6.1.1), die FAZ-Autoren sehen das Land eher als Bedrohung für andere Länder (s. 6.2.1). Zu dieser verschiedenen Sichtweisen kommt es, da die beiden Blätter den Fokus auf ganz verschiedene Aspekte der Krise setzen. In der FAZ geht es oft um die wirtschaftlichen Effekte der Krise in anderen Ländern oder um die Prognose solcher Effekte. Die möglichen Kosten des geplanten Hilfsprogramms für Deutschland werden behandelt, die Möglichkeit eines Schuldenschnitts wird hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt steigender Kosten für deutsche Banken gesehen und häufig wird auch auf die Gefahr hingewiesen, dass die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme Griechenlands auf andere Staaten übergreifen könnten. In der taz wird hingegen eher die Abhängigkeit betont, in die sich Griechenland begibt. Es wird dargelegt, dass Griechenland keine andere Wahl habe, als um die Hilfen zu bitten, dass aber diese Hilfen das Land durch die harten Sparvorgaben in noch größere Abhängigkeit führten. Man könnte also sagen, dass die FAZ zur Beurteilung der Rolle Griechenlands in der Krise eher auf die Effekte der Krise auf andere Länder zurückgreift, während die taz eher die Effekte der Krise auf Griechenland beobachtet. So nimmt die FAZ also eher die Perspektive deutscher Unternehmer (wie etwa der Banker) ein, die sich Sorgen um die ökonomische Entwicklung machen, da diese Auswirkungen auf ihr Unternehmen haben könnte. Die taz sieht das Ganze etwas mehr aus griechischer Sicht und macht sich Gedanken um die Beeinträchtigung der griechischen Wirtschaft durch die geforderten Sparprogramme, steigende Arbeitslosenquoten und sinkende Löhne.

### **Wie wirkungsvoll sind die Maßnahmen von EU und IWF gegen die Krise?**

In diesem Punkt sind sich die beiden Zeitungen weitestgehend einig: Das Krisenmanagement von EU und IWF hat versagt und wird auch in Zukunft nicht zur Lösung der anstehenden Probleme führen (s. 6.1.2/ 6.2.3). Die FAZ rührt jedoch wesentlich öfter an diese Frage.

Die Art und Weise der Darstellung ähnelt sich hier sehr. Allerdings beschränken sich die taz-Autoren bei der Darstellung der möglichen Folgen der erzwungenen Sparpolitik darauf, ein

negatives Bild von der wirtschaftlichen Zukunft zu zeichnen, während die FAZ an einer Stelle bereits einen Bürgerkrieg heraufdämmern sieht. Außerdem betont die FAZ auffällig häufig, dass sich verschiedene Persönlichkeiten vom Fach – seien es nun Politiker oder Wirtschaftsexperten – kritisch über die Krisenbewältigungsmaßnahmen geäußert hätten, während die taz zwar auch das eine oder andere Zitat unterbringt, meist jedoch eher die eigenen Worte wählt.

Ein Aspekt, den die taz in diesem Zusammenhang gar nicht erwähnt, der jedoch in der FAZ vorkommt, ist der negative Einfluss, den die Anti-Krisen-Maßnahmen auf den Wert des Euro haben. Bei der taz geht es immer eher darum, negative Auswirkungen auf Griechenland darzustellen.

Einen Unterschied in den Auffassungen der beiden Zeitungen gibt es hier jedoch auch. Die taz ist der Meinung, dass das Problem des Krisenmanagements hauptsächlich in den viel zu harten Sparmaßnahmen besteht, die von Griechenland verlangt werden. Die FAZ sieht das Problem eher in den Hilfskrediten an sich, da diese gegen Bestimmungen des Vertrags von Maastricht verstoßen, teuer sind und nicht die Erfolge bringen, die EU und IWF sich von ihnen versprechen.

### **Inwiefern profitiert Deutschland von der Krise in Griechenland?**

Auf diese Frage wird in der FAZ so gut wie gar nicht eingegangen. Die taz hingegen weist mehrfach darauf hin, dass Deutschland keineswegs Geld an Griechenland verschenke, sondern es verleihe und damit die Möglichkeit habe, durch die Zinsen eine Menge Geld zu verdienen (s. 6.1.3). In der Berichterstattung der FAZ kostet Griechenland einfach nur Geld. Bei der taz kommt das auch vor, wird allerdings dadurch relativiert, dass die Möglichkeit eines Verdienstes für Deutschland genannt wird.

### **Wer trägt die Schuld an der Krise?**

Hier gehen die Meinungen wieder weit auseinander. Bei der FAZ benennt man zwar verschiedene Mitschuldige – schließlich sagt auch das mangelhafte Krisenmanagement der Kreditgeber etwas aus – aber der Hauptschuldige ist Griechenland (s. 6.2.2). Bei der taz wiederum wird Griechenland ja als Opfer gesehen. Die Schuld tragen hier hauptsächlich die EU und der IWF, die die griechische Regierung zu einer Sparpolitik zwingen, die die

griechische Wirtschaft noch weiter in die Krise drückt und Griechenland immer abhängiger von Finanzhilfen macht (s. 6.1.1). Diese Argumentation beginnt allerdings mitten in der Krise. Wie es ursprünglich zu dieser Krisensituation gekommen ist wird in den Hintergrund gerückt. Für die FAZ ist der Ursprung der Krise dagegen klar: Griechenland hat nicht gut gewirtschaftet, über seine Verhältnisse gelebt. Außerdem wird sowohl an der Kompetenz als auch an der Reformbereitschaft der griechischen Politiker gezweifelt, was sowohl einen weiteren Grund für die Entstehung der Krise als auch einen für ihr Fortbestehen liefert.



## 6.4 Fazit und Bezug zu den Forschungsfragen

Die Forschungsfragen lauteten „Wie werden Griechenland und die Griechen in der Berichterstattung von taz und FAZ über die griechische Staatsschuldenkrise bewertet?“ und „Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zeigen sich in der Bewertung Griechenlands und der Griechen in den beiden Zeitungen?“

Zur ersten Frage ist festzuhalten, dass die taz Griechenland eine Opferrolle gibt, was das Land eher positiv dastehen lässt. Alle in der Analyse auftauchenden Punkte weisen auf die eine oder andere Weise auf Griechenlands Opferrolle hin oder begünstigen diese Sichtweise. Griechenland und die Griechen werden also in der Berichterstattung der taz eher positiv bewertet.

In der FAZ wird Griechenland eher die Rolle von jemandem zugeschrieben, der die anderen Staaten in Gefahr bringt. Dabei spielen unter anderem Zweifel an der Kompetenz der griechischen Regierung sowie Zweifel an der grundlegenden Bereitschaft der Griechen zur Mitwirkung an der Lösung der Krise eine Rolle. Die Schuld an der Krise wird hauptsächlich Griechenland angelastet. Griechenland und die Griechen werden also in der Berichterstattung der FAZ eher negativ bewertet.

Zur zweiten Frage lässt sich folgendes feststellen: Die Zeitungen taz, die Tageszeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung haben – ganz ähnlich wie erwartet – eine sehr unterschiedliche Meinung darüber, wie die Rolle Griechenlands zu Beginn der Staatsschuldenkrise zu bewerten ist. Während die taz die Schuld an der Krise vor allem bei den Kreditgebern Griechenlands sieht, die strenge Spar- und Reformmaßnahmen verlangen und damit laut taz die griechische Wirtschaft zerstören und für Arbeitslosigkeit und Armut in Griechenland sorgen, sieht die FAZ Griechenland selbst in der Verantwortung und macht sich vor allem Sorgen darum, dass seine Probleme auf andere europäische Staaten übergreifen könnten.

Überraschender ist die Einigkeit, die in Hinblick auf die Wirksamkeit des Krisenmanagements von EU und IWF herrscht. Beide Zeitungen sind der Ansicht, dass die Sparmaßnahmen, die Griechenland auferlegt worden sind, nicht die gewünschten Resultate bringen werden, wobei die FAZ außerdem darauf hinweist, dass schon die Hilfskredite an sich falsch seien, während die taz ihre Kritik vor allem auf die geforderten Sparmaßnahmen fokussiert. Auf diese Weise

wird in der taz noch einmal das Bild eines weitgehend unschuldigen, benachteiligten Griechenland gestützt. Bei der FAZ hingegen entsteht durch die grundsätzliche Ablehnung der Hilfskredite eine eher ablehnende Stimmung Griechenland gegenüber.

## 7. Gültigkeit, Aussagekraft und Ausblick

Die Gültigkeit der vorliegenden Arbeit unterliegt natürlich gewissen Beschränkungen. Die Ergebnisse sind gültig für die Artikel des untersuchten Zeitraums und treffen somit auch nur Aussagen über die Wertung, die Griechenland *in diesem Zeitraum* durch die beiden Blätter erfahren hat. Grundsätzlich kann zwar davon ausgegangen werden, dass die Forschungsergebnisse sich auch nach dem Untersuchungszeitraum nicht geändert hätten, da die Forschung nach der Grounded Theory erst endet, wenn bei neu untersuchten Artikeln keine Abweichungen von der Theorie mehr auftreten. Daher wären die Ergebnisse, wenn man davon ausginge, dass die Berichterstattung der beiden Zeitungen und die darin enthaltene Wertung unveränderlich sei, auch für den Rest der Griechenland-Krise gültig. Leider muss jedoch der Möglichkeit Raum gegeben werden, dass beispielsweise politische Veränderungen auch auf die bei den beiden Zeitungen vertretene Meinung von Griechenland Auswirkungen haben könnten. Eine eher griechenlandfreundlich berichtende Zeitung könnte durch einen besonders provokanten Akt der griechischen Regierung zur anderen Seite umschwenken. Eine besonders griechenlandkritische Zeitung könnte durch eine unbarmherzige Politik der Gläubigerstaaten und der Troika zum Umdenken bewegt werden. Die Auswirkungen dieser Szenarien zu erforschen ist nicht Teil dieser Arbeit. Auch wäre eine Erforschung der gesamten Zeitspanne der Griechenlandkrise nicht möglich, da diese noch nicht abgeschlossen ist. Selbst eine Erforschung der Berichterstattung über die gesamte Krise bis jetzt ist leider nicht möglich. Um dies zu leisten, müssten alle Berichte der beiden Zeitungen, die in einem gewissen Zusammenhang zur griechischen Staatsschuldenkrise stehen, untersucht werden, was den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

Es gibt also keine Sicherheit für die Aussagekraft dieser Arbeit über die Grenzen des bearbeiteten Zeitraums hinaus. Da dieser Zeitraum jedoch am Beginn der Krise liegt, ermöglicht die Arbeit einen Blick auf die Grundausrichtung der beiden Zeitungen. Welche Position nehmen sie als erstes, gewissermaßen reflexhaft, ein?

Weiterhin gilt diese Arbeit natürlich nur für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *taz.die tageszeitung*. Sie lässt keine Rückschlüsse auf die Haltung deutscher Zeitungen, linker oder konservativer Blätter im Allgemeinen zu.

An diesen Stellen könnten weiterführende Untersuchungen ansetzen. Die hier vorliegende Arbeit untersucht im Wesentlichen einen Zustand. Es geht darum, wie taz und FAZ die

Griechenlandkrise in ihrer Anfangsphase gesehen haben. Ein nächster Schritt könnte sein, sich mit der Entwicklung der Sicht der beiden Zeitungen auf die Krise zu befassen. Haben sich die Meinungen über die Zeit verändert? Und wenn das zutreffen sollte, stehen diese Veränderungen vielleicht mit bestimmten Ereignissen in Verbindung, sind vielleicht sogar ein Stück weit Auswirkungen dieser Ereignisse? Dies könnte zum Beispiel in Bezug auf den Regierungswechsel in Griechenland Anfang dieses Jahres spannend sein.

Außerdem kamen in dieser Arbeit ja gewisse thematische Fokussierungen der beiden Zeitungen heraus, bestimmte Aspekte also, auf die sie sich in ihrer Berichterstattung besonders konzentriert haben. Auch hier könnte man erforschen, wie sich diese Fokussierung über die Zeit verändert hat. Stellen die beiden Zeitungen immer noch die gleichen Punkte in den Mittelpunkt wie zu Beginn der Krise? Und wenn Unterschiede bestehen, wann und wodurch sind diese entstanden? Gibt es regelrechte Brüche in der Auswahl der zentralen Gesichtspunkte, oder handelt es sich um eine schleichende Entwicklung? Und wenn letzteres der Fall sein sollte, wovon hängt diese ab?

Eine andere Möglichkeit, an dem Thema dieser Arbeit weiterzuarbeiten, wäre, die Menge der untersuchten Zeitungen zu erhöhen. Je mehr Zeitungen man untersucht, desto klarer kann man die Ergebnisse mit der politischen Grundausrichtung der Zeitungen in Beziehung setzen. Ergibt sich ein allgemeines Bild von „typisch linken“ oder „typisch konservativen“ Meinungen über die Rolle Griechenlands in der Krise, oder spielt die politische Ausrichtung des Mediums dafür keine Rolle?

Schlussendlich könnte man den Bereich der untersuchten Zeitungen auch nach Griechenland ausdehnen. Gibt es grundsätzliche Unterschiede in der Darstellung der Krise durch griechische und deutsche Blätter? Und welcher Einfluss ist hier größer: der des Heimatlandes oder der des politischen Lagers?

## 8. Abkürzungen

BIP –	Bruttoinlandsprodukt
bzw. –	beziehungsweise
ebd. –	ebenda
EFSF –	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFSM –	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
ESM –	Europäischer Stabilitätsmechanismus
EU –	Europäische Union
EZB –	Europäische Zentralbank
FAZ –	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FZ –	Frankfurter Zeitung
IWF –	Internationaler Währungsfonds
Mrd. –	Milliarden
s. –	siehe (bei Verweisen auf einen anderen Teil dieser Arbeit)
SKS-Vertrag –	Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion
taz –	taz.die tageszeitung
vgl. –	vergleiche

## 9. Literatur

**Apostolopoulos**, Dimitrios K. (2004): Die griechisch-deutschen Nachkriegsbeziehungen. Historische Hypothek und moralischer Kredit. Die bilateralen politischen und ökonomischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraums 1958-1967. Frankfurt am Main u.a.

**Aust**, Stefan (Hg.) 2015: Syriza feiert einen historischen Sieg. URL: <http://www.welt.de/politik/ausland/article136765609/Syriza-feiert-einen-historischen-Sieg.html> [11.03.2015].

**Belke**, Ansgar; Dreger, Christian (2011): Das zweite Rettungspaket für Griechenland. In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 91 H. 9 (2011), S. 601-607.

**Bonse**, Erik (2015): Die Rückkehr der Troika. URL: <http://taz.de/Kommentar-Griechenland/!156137/> [11.03.2015].

**Chrysos**, Evangelos; Schultheiss, Wolfgang (2010): Meilensteine deutsch-griechischer Beziehungen. Beiträge eines deutsch-griechischen Symposiums am 16. und 17. April 2010 in Athen. Athen.

**Eick**, Jürgen u.a. (Hg.) 1984: Alles über die Zeitung. Frankfurt am Main.

**Dohrendorf**, Rüdiger (1990): Zum publizistischen Profil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Computerunterstützte Inhaltsanalyse von Kommentaren der FAZ. Frankfurt am Main u.a.

**Dörre**, Klaus; Jürgens, Kerstin; Matuschek, Ingo (Hg.) 2014: Arbeit in Europa. Marktfundamentalismus als Zerreißprobe. Frankfurt am Main/New York.

**Droulia**, Loukia; Fleischer, Hagen (Hg.) 1999: Von Lidice bis Kalavryta. Widerstand und Besatzungsterror. Studien zur Repressalienpraxis im Zweiten Weltkrieg. Berlin.

**Fleischer**, Hagen (1999): Deutsche „Ordnung“ in Griechenland 1941-1944. In: Droulia, Loukia; Fleischer, Hagen (Hg.) 1999: Von Lidice bis Kalavryta. Widerstand und Besatzungsterror. Studien zur Repressalienpraxis im Zweiten Weltkrieg. Berlin, S. 151-223.

**Fleischer**, Hagen (2010): Der zweite Weltkrieg und seine Folgen für Griechenland. In: Chrysos, Evangelos; Schultheiss, Wolfgang (2010): Meilensteine deutsch-griechischer

Beziehungen. Beiträge eines deutsch-griechischen Symposiums am 16. und 17. April 2010 in Athen. Athen, S. 217-224.

**Hank, Rainer** (2015): Schuldenkrise. Das Elend der Griechen. URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schuldenkrise-das-elend-der-griechen-13441953.html> [10.03.2015].

**Illing, Frank** (2013): Die Euro-Krise. Analyse der europäischen Strukturkrise. Wiesbaden.

**Kalantzi, Martha** (2003): Das medienkonstruierte Ausland. Deutsche und griechische Tageszeitungen im Vergleich. Frankfurt am Main.

**Klein, Angelika** (2013): Griechenlands Misere im Fokus der Medien. Lesarten der Eurokrise. Eine Kritik an der gesellschaftlichen Spaltung in Griechenland. Norderstedt.

**Konstantinou, Evangelos** (2012): Griechenlandbegeisterung und Philhellenismus. URL: <http://www.ieg-ego.eu/konstantinoue-2012-de> [21.11.2014].

**Krotz, Friedrich** (2005): Neue Theorien entwickeln. Eine Einführung in die Grounded Theory, die Heuristische Sozialforschung und die Ethnographie anhand von Beispielen aus der Kommunikationsforschung. Köln.

**Laaser, Claus-Friedrich; Schrader, Klaus** (2012): Die Krise in Südeuropa oder die Angst vor dem Dominoeffekt. Griechenland, Portugal und Spanien im Krisentest. In: Kieler Diskussionsbeiträge, Jg. 10 H. 1 (2012)

**Lazaridou, Olga** (1992): Von der Krise zur Normalität. Die deutsch-griechischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Grundlagen. Bonn.

**Magenau, Jörg** (2007): Die taz. Eine Zeitung als Lebensform. München.

**Markantonatou, Maria** (2014): Die Entwertung der Arbeit, die Automatik der Sparpolitik und die Krise in Griechenland. In: Dörre, Klaus; Jürgens, Kerstin; Matuschek, Ingo (Hg.) 2014: Arbeit in Europa. Marktfundamentalismus als Zerreißprobe. Frankfurt am Main/New York.

**Martens, Michael** (2012): Dreier-Koalition beschlossen. Samaras als griechischer Ministerpräsident vereidigt. URL: [http://www.faz.net/aktuell/politik/ europaeische-](http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-)

union/dreier-koalition-beschlossen-samaras-als-griechischer-ministerpraesident-vereidigt-11792862.html [03.03.15].

**Matthes**, Jürgen (2012): Ein differenzierter Blick auf das zweite Griechenland-Hilfspaket. In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 92, H. 3 (2012), S. 169-172.

**Meershoek**, Guus; Meyer, Ahlrich; Solchany, Jean (1997): Repression und Kriegsverbrechen. Die Bekämpfung von Widerstands- und Partisanenbewegungen gegen die deutsche Besatzung in West- und Südeuropa. Berlin.

**OECD** - Organisation for Economic Co-operation and Development (2015): Average annual hours actually worked per worker. URL: <http://stats.oecd.org/viewhtml.aspx?datasetcode=ANHRS&lang=en> [10.01.2015]

**Rondholz**, Eberhard (2012): Anmerkungen zum Griechenland-Bild in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Griechenland. Jg. 62, H 35-37, S. 49-54.

**Schiltz**, Christoph B. (2015): Griechenland-Wahl. Wird sich die EU von Tsipras erpressen lassen?. URL: <http://www.welt.de/politik/ausland/article136767260/Wird-sich-die-EU-von-Tsipras-erpressen-lassen.html> [11.03.2015].

**taz.die tageszeitung**. Verlagsgenossenschaft eG (Hg.) o.J.a: Damals... Wie alles begann. URL: <http://taz.de/1977---1986/!109039/> [22.01.2015].

**taz.die tageszeitung**. Verlagsgenossenschaft eG (Hg.) o.J.b: Wir über uns. Zahlen und Fakten. URL: <http://taz.de/!106557/> [22.01.2015].



## 10. Quellen

### Artikel der taz:

**Bollmann**, Ralph (2010): Deutsches Zögern stört Märkte. In: taz.die tageszeitung, Jg. 32 H. 98 (2010), S. 2.

**Herrmann**, Ulrike (2010a): Die Griechen am Tropf. In: taz.die tageszeitung, Jg. 32 H. 96 (2010), S. 2.

**Herrmann**, Ulrike (2010b): Der IWF in Europa. In: taz.die tageszeitung, Jg. 32 H. 96 (2010), S. 2.

**Kadritzke**, Nils (2010): Kampf den Steuerhinterziehern. In: taz.die tageszeitung, Jg. 32 H. 97 (2010), S. 2.

**Koch**, Hannes (2010): Schnelle Kredite für Athen. In: taz.die tageszeitung, Jg. 32 H. 97 (2010), S. 2.

**Kosch**, Stephan (2010a): Die Macht der Ratingagenturen. In: taz.die tageszeitung, Jg. 32 H. 99 (2010), S. 2.

**Kosch**, Stephan (2010b): Griechen werden protestantisch. In: taz.die tageszeitung, Jg. 32 H. 101 (2010), S. 2.

**Liebert**, Nicola (2010a): Aus der Krise nichts gelernt. In: taz.die tageszeitung, Jg. 32 H. 96 (2010), S. 8.

**Liebert**, Nicola (2010b): Griechenland im Teufelskreis. In: taz.die tageszeitung, Jg. 32 H. 99 (2010), S. 2.

**Willms, Beate** (2010): Athen gibt sich geschlagen. In: taz.die tageszeitung, Jg. 32 H. 95 (2010), S. 7.

### Artikel der FAZ:

**Hermann**, Rainer; Schäfers, Manfred (2010): Der griechische Ministerpräsident sieht sein Land am Beginn einer neuen Odyssee. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Jg. 62 H. 95

(2010), S. 11.

**Höfinghoff**, Tim; Schulz, Bettina (2010): Analysten prophezeien weiteren Druck auf Euro. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Jg. 62 H. 95 (2010), S. 21.

**Kafsack**, Hendrik (2010): Deutschland muss am meisten beisteuern. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Jg. 62 H. 95 (2010), S. 12.

**Kafsack**, Hendrik; Schäfers, Manfred; Welter, Patrick (2010): Griechenland beantragt Hilfe vom IWF und von der EU. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Jg. 62 H. 95 (2010), S. 1.

**Mußler**, Hanno (2010): Euro profitiert kurz von Griechenland-Hilfe. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Jg. 62 H. 95 (2010), S. 26.

**Piller**, Tobias (2010): Deutschland ist unsolidarisch. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Jg. 62 H. 96 (2010), S. 15.

**Plickert**, Philip (2010): Umschuldung mit Abschlägen erforderlich. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Jg. 62 H. 95 (2010), S. 12.

**Ruhkamp**, Stefan; Welter, Patrick (2010): Griechenlands Hilferuf verpufft am Markt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Jg. 62 H. 95 (2010), S. 11.

**Schwenn**, Kerstin u.a. (2010): Schäuble: Griechenlands Bitte um Hilfe kann auch abgelehnt werden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Jg. 62 H. 96 (2010), S. 1.

## Anhang-Verzeichnis (Anhang auf beiliegender CD)

<b>Autor (Nachname)</b>	<b>Jahr</b>	<b>Titel</b>	<b>Seite</b>
<i>Artikel der taz:</i>			
Bollmann	2010	Deutsches Zögern stört die Märkte	1
Herrmann	2010a	Die Griechen am Tropf	2
Herrmann	2010b	Der IWF in Europa	3
Kadritzke	2010	Kampf den Steuerhinterziehern	3
Koch	2010	Schnelle Kredite für Athen	4
Kosch	2010a	Die Macht der Ratingagenturen	5
Kosch	2010b	Griechen werden protestantisch	6
Liebert	2010a	Aus der Krise nichts gelernt	7
Liebert	2010b	Griechenland im Teufelskreis	8
Willms	2010	Athen gibt sich geschlagen	9
<i>Artikel der FAZ:</i>			
Hermann/Schäfers	2010	Der griechische Ministerpräsident sieht sein Land am Beginn einer neuen Odyssee	11
Höfinghoff/Schulz	2010	Analysten prophezeien weiteren Druck auf Euro	12
Kafsack	2010	Deutschland muss am meisten beisteuern	13
Kafsack/Schäfers/ Welter	2010	Griechenland beantragt Hilfe vom IWF und von der EU	14
Mußler	2010	Euro profitiert kurz von Griechenland-Hilfe	15
Piller	2010	Deutschland ist unsolidarisch	15
Plickert	2010	Umschuldung mit Abschlägen erforderlich	16
Ruhkamp/Welter	2010	Griechenlands Hilferuf verpufft am Markt	17
Schwenn u.a.	2010	Schäuble: Griechenlands Bitte um Hilfe kann auch abgelehnt werden	19

### **Selbstständigkeitserklärung**

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Stellen sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Unterschrift

Ort, Datum